

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

143 (23.6.1908)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: In's Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Kuchluderei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Letzte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Lungentuberkulose und Lungenheilstätten.

Man schreibt uns: Der Leitartikel über diese Frage in Nr. 139 dieses Blattes hat mich sehr interessiert. Und da auch ich Veranlassung hatte, mich in einer Lungenheilanstalt aufzuhalten, so darf ich vielleicht den Lesern einige Beobachtungen und Betrachtungen mitteilen. Allerdings sind dieselben vielfach zu anderen Resultaten und Vorschlägen für einen weiteren Ausbau der Kur gelangt, als wir es neulich gesehen haben. Aber es schadet ja nichts, die Dinge auch einmal von einer anderen Seite zu betrachten.

Um zu einem richtigen Urteil zu kommen, habe ich mich vor allem gefragt: Wer bekommt die Tuberkulose und wer bekommt sie nicht? Die Antwort ist, soweit dies hier in Betracht kommt, furchtbar einfach: die Schwächlichen, die durch irgend eine Ursache, wie Ueberarbeit, Krankheit, Sorgen, ungenügende Ernährung zc. in ihrem ganzen Kräftezustand heruntergekommenen Menschen, die bekommen sie. Die kraftstrotzenden, blühend gesunden Menschen, die bekommen keine Tuberkulose. Und da ist mir gleich noch ein anderes aufgefallen: wer von den Kranken, die in den Heilstätten waren, ist gesund geworden und geheilt geblieben? Ganz auffällig: alle die, deren schwächerer Allgemeinzustand sich in einen kraftstrotzenden, gesunden verwandelt und nach der Kur so blieb, die wurden und bleiben gesund. Diese simplen Betrachtungen, die vielleicht manchem lächerliche Alltagsweisheit scheinen, werden nach meiner Erfahrung und Beobachtung nicht genügend beachtet, daher die, wenn auch guten, doch nicht genügenden, sondern dringend besserungsbedürftigen Resultate, daher die ringsum wachsende Schar der Feinde, welche der ganzen Heilstättenbewegung droht, das Kind mit dem Bade ausschüttend, daher auch Vorschläge zur Verbesserung, die nur ganz ungenügend scheinen. Z. B. regelmäßige Nachuntersuchungen durch die Ärzte! Was soll nur die? Ob es gut oder schlecht steht mit dem Geheilten, das sagt ihm nach den obigen Betrachtungen: der Spiegel, sein bester Arzt, wenn er ihn nur vorhält; und das sieht ein jeder in seiner Umgebung, wenn er nur zwei offene Augen im Kopfe hat. Mehr kann ihm eine noch so häufige, ärztliche Untersuchung auch nicht sagen, gleichviel, ob der Arzt etwas findet oder nicht! Und das letztere ist eben auch sehr häufig der Fall, ohne daß deshalb zu tadeln wäre, denn die Erscheinungen der Krankheit in den Lungen sind offenbar sehr wechselnd, wie jeder weiß, der einmal längere Zeit mit offenen Augen und Ohren unter Lungenkranken gelebt hat. Sonst könnte es nicht so oft vorkommen, daß heute ein guter Arzt dem Kranken sagt, er hört nichts und morgen ein anderer, gleich guter, er hört etwas oder sogar ziemlich viel. Aber mit allen Untersuchungen können die Ärzte das nicht geben, was uns nach der Ansicht unseres besten Arztes, des Spiegels, fehlt: einen blühenden, kräftigen Körper, der allen Angriffen der Krankheit trotzt.

Wie bekommen wir und wie erhalten wir uns den! Das ist die Hauptfrage, zu der ich mir folgende Gedanken gemacht habe.

Wenn ich einen recht starken, leistungsfähigen Gaul zu haben wünsche, werde ich denselben dann in den feinsten, molligsten Stall stellen und da 3—4 Monate bei reichlicher Nahrung, 20 Liter Hafer am Tag, fett und saul machen? Würde ich mich wundern, daß dieser Gaul elend zusammenbrechen müßte, wenn ich ihm, nach dieser „Kur“, bei schwerer, regelrechter Arbeit in viel weniger gutem Stall nur noch 10 Liter Hafer geben würde? Keinem Menschen würde gerade so schwächend ist, als Nichtgebrauch. Also?! Mit Faulheit und Mäßigung, mit Liegehallen und Milch erzeuge ich keine kraftstrotzende, widerstandsfähige, dauernde Gesundheit! Aber wie dann? Na, das ist doch höchst einfach. Will ich starke Arme, Beine usw. haben, so turne ich, d. h. ich gebe den Körperteilen, die ich kräftigen will, eine genügende Tätigkeit. Gebrauche ich meine Arme nicht, so werden sie schwach. Ebenso wissen alle Arbeiter leider allzu gut, daß übermäßigiger Gebrauch gerade so schwächend ist, als Nichtgebrauch. Es kommt also für eine richtige, für die beste und schnellste Kräftigung alles darauf an, eine Tätigkeit, oder das richtige Maß von Tätigkeit zu finden: Arbeit macht gesund! Nicht Ueberarbeit. Wir sollten also für unsere Heilstätten an die Stelle der

Faulheitskur, die „Kur der Arbeit“ stellen, dann werden wir am Ende ihres Aufenthaltes daselbst kräftige Menschen entlassen, die den Anforderungen des Lebens gewachsen sind.

Freilich ist eine solche Kur nicht leicht durchzuführen. Dazu brauchen wir vor allem nicht Heilstätten in Gestalt eines Palast-Hotels, sondern wir brauchen solche mit möglichst reichlicher und möglichst vielseitiger Gelegenheit zur Betätigung, zur Arbeit, und zwar zu einer Arbeit, die nach dem Kräftemaß des einzelnen Kranken sehr fein geregelt, ausgemessen werden kann. Wir müssen also vor allem ein genügend großes Gelände haben, das gibt Gelegenheit zu tausendfältiger, herzerquickender, muskel- und nervenstärkender Arbeit: Obstkultur, Gemüsebau, Kartoffelbau, vielleicht Korn, Gartenkultur in jeder Form, Holzfällen und Aufarbeiten, Wegenanlagen, Trainagen, Verleisungen zc. zc.

Und wie kommt dies alles wieder der Heilstätte selbst zugute! Dann haben wir eine große Küche mit Arbeit genug für die, denen solche Spaß macht; die Heilstätte hat auch wieder reichliche, maschinelle Einrichtungen, Dampfkessel, elektrische Anlagen, Wasserleitungen, Waschanstalt, natürlich eine technische Werkstätte, mit Arbeitsgelegenheit für andere, deren Beruf oder Liebhaberei derlei Beschäftigung angenehmer machen. Die Heilstätte hat eigene Pferde und Fuhrwerk, hat Schweinezucht, Geflügelzucht, wo es viele interessante und vorzügliche Arbeitsgelegenheit gibt, ja sie hat auch kranke Genossen, die der Pflege bedürfen, sie hat eine Geschäftsleitung mit Buchführung, sie hat eine Bibliothek, die verwaltet sein will, sie hat Lernbegierige, die dankbar wären für Unterricht in allem Möglichen. Kurz und gut: die Heilstätte ist ein kleiner Idealstaat, der für jeden Geschmack, für jedes Bedürfnis, für jedes Maß Gelegenheit zu gesunder Tätigkeit gibt, eine Lust, da zu leben, Lebenskraft und Lebensweisheit da zu finden.

Aber — es gibt eine große Schwierigkeit, das ist die Stellung des Arztes an der Spitze einer solchen Anstalt, oder besser der Ärzte, denn man wird für 100 Kranke — mehr sollten unbedingt nie an einem Ort zusammengepackt werden, aus tausend erachtlichen Gründen — nicht unter drei tüchtige Ärzte bestellen können, für eine so große Leistung. Abgegeben von dem gewiß leicht zu überwindenden Vorurteil mancher Kranker, daß sie zur Kur und nicht zur Arbeit „für das Sanatorium“ kämen, stellt eine solche Kur an den Arzt ungeheure Anforderungen: nicht nur muß er ein tüchtiger Arzt im üblichen Sinne sein, sondern er muß es verstehen, sich ganz in die Individualität des einzelnen Kranken, in seinen speziellen Krankheitsfall, seine Fähigkeiten und Neigungen einzuleben, er muß selbst die vielfachen, einzelnen Beschäftigungen genügend kennen, um darin anzuleiten, Interesse zu wecken, zu teilen und erhalten und vor allem für jeden einzelnen Kranken das richtige Maß und die richtige Art der Beschäftigung zu bestimmen. Das kostet mehr Zeit und mehr geistige Anstrengung, als Kranke in die Liegehallen legen und Jahresberichte schreiben. Aber ich denke mir, es würde auch für den rechten Mann eine Quelle höchster Befriedigung sein.

Ist es durchführbar? Na, vor allem sage ich: es muß durchführbar sein — dann geht es auch. Aber mehr: es ist schon durchgeführt! Kürzlich las ich irgendwo eine Zeitungsnotiz, daß ein solches Arbeits-sanatorium in England bereits existiert. Und die Erfolge überrufen auch weit die Erwartungen. Die Kranken beginnen mit leichtester Arbeit: ein Körbchen Obst tragen, oder sechs Spatenstiche, oder einen kleinen Karren voll schaufeln oder dergleichen, je nach ihrer Kraft und Leistungsfähigkeit, sie verrichten drei Wochen lang, ehe sie entlassen werden, eine schwere Tagesarbeit irgend einer Art. Sie treten in voller Müdigkeit und Schaffensfreude und mit dem Mute der Ueberzeugung von ihrer Leistungsfähigkeit ins Leben zurück. Und dabei haben sie in zwei Jahren für ihre Heilstätte ein großes Wasserreservoir ganz allein ausgegraben, ausgemauert und vollständig fertig gestellt, haben ein großes Gelände ausplanziert, einen Park angelegt mit Wegen, Brücken, Bepflanzungen zc., haben sehr, sehr viel für den Unterhalt ihrer Heilstätte geleistet! Die Anregung dazu soll von einem deutschen Arzt ausgegangen sein. Vielleicht können Sie einmal mehr darüber erfahren. Soviel zur „Kur der Arbeit“. In einem weiteren Aufsatz müssen wir uns mit der Frage der Ernährung befassen.

Deutsche Politik.

Die Blockpolitik im Reich

behandelte am 17. d. M. der Reichstagsabg. Gen. Lehmann in einer Versammlung des sozialdem. Vereins Karlsruhe in bemerkenswerter Weise. Er führte im wesentlichen folgendes aus:

Der Name „Bloc“ resp. die Blockbildung der Parteien ist von Frankreich nach Deutschland übernommen worden. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen dem französischen und dem deutschen Bloc. Der französische Bloc kam in Frankreich zuerst zustande, um die Bestrebungen, eine monarchische Regierung herbeizuführen, zu verhindern. Später wurde dort der Bloc der Liberalen gebildet zur Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung und dann der Bloc zum Kampf gegen die Akerisalen, wobei auch die verschiedenen sozialistischen Gruppen eingeschlossen waren. Das Trennungsgesetz in Frankreich entspricht wohl nicht unserm Ideal, ist aber immerhin ein Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand.

Hier in Deutschland gehören die Sozialisten nicht zum Bloc. Der deutsche Bloc bezweckt jedoch, nach seiner seitherigen Tätigkeit zu schließen, alles andere nur keine liberale Politik. Vor allem müßte die Lehre der Wissenschaft in einem liberal regierten Staate frei sein. Die Wissenschaft ist aber in Bezug auf die Geschichte, Religionsgeschichte und auch auf Philosophie (siehe Fall Arons) nicht frei. Man hat es in Preußen auf Betreiben von konservativer Seite durch Ausnahmebestimmungen zuwege gebracht, daß dem sozialdemokratischen Privatdozenten Arons der Lehrstuhl an der Universität entzogen wurde, obwohl er in seinem Lehrfach keine politische Anschauung als Sozialist gar nicht verwenden konnte. Einen Kampf gegen den Akerisalismus wünschen die Konservativen keineswegs. Der „Bülow-Bloc“ will eine wirklich liberale Politik nicht haben, er will regieren gegen das demokratisch angehauchte Zentrum, welches den Anschauungen seiner bäuerlichen Wähler Rechnung trägt. Und zu diesem Bloc gehören die gleichen Konservativen, welche Arons den Lehrstuhl entzogen haben. Bülow hat diesen Bloc gebildet, um ohne das Zentrum regieren zu können.

Während die Sozialdemokratie dem heutigen System grundsätzlich Militärforderungen verweigert, macht das Zentrum Abstriche von den Militärforderungen, um seinen Wählern sagen zu können: „Seht ihr, wenn wir nicht gewesen wären, hättet ihr so und so viel mehr bezahlen müssen“, und immer wenn der Reichstag wegen Militärforderungen aufgelöst wurde, bildete das Zentrum das Zünglein an der Waage. So war es auch 1906, und das hat nach „oben“ außerordentlich verschärft, denn der Kaiser betrachtet die Ablehnung von Militärforderungen als einen Eingriff in seine Kommandogewalt. Das Zentrum hatte eine doppelte Mehrheit, einmal wenn es mit der Opposition, das andere Mal, wenn es mit den Regierungsparteien ging. Man braucht die Politik des Reichstanzlers nicht zu hoch einzuschätzen, jedoch die Freisinnigen hat er richtig eingeschätzt. Man bezeichnet jetzt die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse als einen liberalen Erfolg. Die Sache liegt aber so, daß diese Beschränkung sehr im monarchischen Interesse liegt. Im großen ganzen bleibt aber alles beim alten und es ist nicht wahr, daß eine nennenswerte Aenderung eingetreten ist.

Das Vereinsgesetz war die Probe auf die Zweckmäßigkeit des Blocs. In der ersten und zweiten Lesung sah das Gesetz ganz passabel aus. Das Zentrum hat in Bezug auf den Sprachenparagrafen eine durchaus korrekte Stellung eingenommen, was anzuerkennen ist. Zuletzt ist aber der Freisinn über den Stiel der Konservativen gesprungen und hat den Paragrafen angenommen. Der Sprachenparagraf ist eine Ausnahmebestimmung, welche für ganze Bevölkerungsschichten die Anhebung bedeutet. Ebenso wurde der Jugendparagraf von den Konservativen in das Gesetz hineingebracht. Auch hier sprangen die Freisinnigen über den Stiel.

Allerdings hat man den Freisinnigen einige Konzessionen gemacht, z. B. daß Herr Dernburg Kolonialdirektor wurde. Dadurch ist der Freisinn in der Kolonialpolitik von seinem ursprünglichen Prinzip abgekommen. An sich ist ja die Berufung Dernburgs ein Fortschritt, der vom kaufmännischen Standpunkte aus kolonisieren will. Umgefallen ist der Freisinn auch in der Handwerkersektgebung. Er hat Bestimmungen zugestimmt, die Eugen Richter seinerzeit energisch bekämpfte.

Der Reichstag hat den Mittelständlern einige kleine Konzessionen gemacht, wonach nur der einen Lehrling anlernen darf, welcher eine Meisterprüfung gemacht hat; die Meisterprüfung kann jedoch nur der machen, welcher eine Gesellenprüfung abgelegt hat. Also ein Gesetz, welches vor 10 Jahren abgelehnt wurde. Heute muß also der Handwerksmeister zwei Prüfungen machen, eine Gesellen- und eine Meisterprüfung und einem solchen Gesetz hat der Freisinn zugestimmt. Mit diesen Gesetzen kommt zum Ausdruck, daß die Junktmeister die Lehrlingsausbeutung für sich reservieren wollten. Außerdem läuft dies auf eine Erschwerung der Selbstandigmachung hinaus.

Gerne ist der Freisinn im Wörsengesetz umgefallen. Die Konservativen schieben bekanntlich die Steigerung der Preise auf die Wörsen, um die Augen von ihrer Junkerpolitik abzulenken. Hier haben die Freisinnigen ebenfalls dafür gestimmt. Daraus ist zu ersehen, daß die Freisinnigen, welche früher ziemlich links standen, sehr weit rechts stehen. Die Fraktionsgemeinschaft der Freisinnigen mit der süddeutschen Volkspartei hat die Absicht, eine Partei zu gründen. Aus allem dem geht hervor, daß die linksstehenden Freisinnigen keine liberale Politik zu treiben imstande sind. Heute ist die freisinnige Vereinigung radikaler, als die freisinnige Volkspartei. Beide haben nicht viel Anhang und die wirklichen Freisinnigen Barth und v. Cerslaß sind ausgestiegen. Die freisinnigen Bürger glauben, daß man in aller Seelenruhe zu einer freiheitlichen Entwicklung kommen würde. Aber der Freisinn ist nur gebildet am Regierungstisch, die Konservativen haben viel mehr Festigkeit.

Der Freisinn wird auch umfallen bei der neuen „Finanzreform“, zu der weitere 400 Millionen neue Steuern verlangt werden. Erst vor zwei Jahren haben wir eine Steuerreform gehabt mit Hilfe der Fahrarten-, Zigaretten-Steuer u. und jetzt stellt sich heraus, daß es immer noch nicht langt und ein weiterer Übertrag notwendig wird. Jetzt sind die Nationalliberalen selbst für eine Reichseinkommensteuer, die die Sozialdemokraten schon längst verlangt haben. Die Regierung ist aber vorläufig dagegen. Wahrscheinlich wird man jetzt die sogenannten „mittlere Dime“ suchen und das Bier und den Tabak erheblich versteuern und vielleicht eine kleine unerhebliche Reichseinkommensteuer bringen. In der Tat haben die Freisinnigen bereits Anträge eingebracht, wonach Massenartikel besteuert werden sollen.

Ich habe die Überzeugung, daß der Bloß zu Grunde gehen wird an dieser Finanzreform. Notwendig ist aber die Fortführung der Sozialreform. Es ist aber zu befürchten, daß es hier eher zurück statt vorwärts geht. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen. Eine Minderung der Versicherungsbeiträge wird sicher eine Verschlechterung bringen. Wir haben keine freiheitliche Politik. Im Grunde dreht es sich lediglich um die Staatskrippe, an die sowohl die Liberalen, wie das Zentrum und auch die Freisinnigen heranwollen. Fürst Bismarck ist Junker durch und durch und wird niemals eine wirklich liberale Politik machen. Er hat nicht einmal durchsehen können, daß die öffentliche Abstammung für die Landtagswahlen beschränkt werde. Eine wirklich liberale Politik wie wir sie wollen, wird mit diesem Bloß nicht möglich sein. Die Bloßpolitik kann nur dann liberal sein, wenn sie mit uns gemacht wird. Es wäre dafür eine Mehrheit im Reichstag zu haben, wenn man das Bestreben einzelner Gruppen, wirklich liberale Politik zu machen, unterstützen wollte.

Wir werden jedenfalls alles tun, um das politische Gewissen des Bürgertums zu schärfen, um so bald wie möglich zu erträglichen politischen Zuständen zu gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Preussische Musterwirtschaft und bayerische Bundespflichten.

Eine Geschichte, die sie selber als „kaum glaublich“ bezeichnet, erzählt die „Deutsche Tageszeitung“. In Ostpreußen war vor einigen Monaten eine tödliche Viehseuche, der Rauschbrand, ausgebrochen, und um weiteren Schäden vorzubeugen, sollte das Vieh geimpft werden. Dabei stellte sich heraus, daß der erforderliche Impfstoff in ganz Preußen überhaupt nicht, sondern nur an der tierärztlichen Hochschule in München hergestellt wird. Man wandte sich also telegraphisch dahin, erhielt aber umgehend die Antwort, daß die in München hergestellten Impfstoffe nur für Bayern geliefert würden. Nach vergeblichen Bemühungen bei dem veterinärpathologischen Institut in Bern und dem Seruminstitut in Rotterdam, entschloß man sich endlich, in Frankfurt a. M. einen in Frankreich hergestellten Impfstoff zu kaufen, mit dem dann schließlich auch die Impfung der gefährdeten Viehbestände vorgenommen wurde.

Statt nun den Skandal gebührend zu geißeln, daß der von Agrariern beherrschte preussische Musterstaat in Bayern, Holland und der Schweiz haufieren gehen muß, um einen notwendigen Impfstoff aufzutreiben, wendet sich das Berliner Bändlerblatt mit komisch wirkendem Pathos gegen das partikularistische Bayern:

Berliner Nachtbilder.

3) (Nachdruck verb.) (Fortsetzung.)

Sehen wir nun unsere Wanderung durch die hellerleuchteten und belebten Straßen fort und sehen mal zu, was uns einige stillere Viertel, z. B. der Tiergarten hinter dem Brandenburger Tor, an bunten Gestalten enthüllt.

Ein zierlich gepuhter Jüngling mit hohen Knopfschuhen, grellem Anzug, einer seidenen Binde um den Hals, schlendert gelassen des Weges. Da taucht mit einemmal in der Dunkelheit ein älterer Herr auf, der unruhig und aufgeregt dahinschreitet. Richtig starrt er; er hat den Jüngling bemerkt, der scheinbar keine Notiz von ihm nimmt. Der Ältere schreitet vorüber und füllt sich von dem andern leicht am Körper berührt. Er verlangsamte seinen Gang. Einige leise getuschelte Worte und beide verschwanden im Dunkel der Bäume oder bestiegen eine Droschke und fuhren zu irgend einem Hotel oder dergleichen. Alles geschieht unauffällig und ganz arglos würde der Fremde diesen Vorgang beobachtet haben, ohne irgendwelchen Verdacht zu schöpfen. Der erfahrene Leser weiß es jedoch besser: Hier schleichen die düsteren Gestalten der männlichen Prostitution umher! Der Homosexuelle findet hier für seine widernatürlichen Gelüste und Empfindungen Personen, die gegen Bezahlung zur Befriedigung seiner unnatürlichen Triebe und Neigungen bereit sind. Die Prozesse der letzten Zeit haben uns vieles enthüllt und uns den Ausdruck „homosexuell“ oft genannt und nahegeführt, so daß es deshalb angebracht ist, an dieser Stelle etwas Näheres über das nächtliche Treiben der Homosexuellen und über die ihnen gefälligen Personen zu hören.

Wer da meint, diese fast unverständliche Bewegung unter den Männern habe sich erst in neuerer Zeit geltend gemacht, befindet sich in einem großen Irrtum. Die Zeit der Homosexualität reicht bis in die frühesten Jahrhunderte zurück. Hier sei ein Fall aus den „Briefen aus den Galanterien von Berlin“ mitgeteilt, welcher zeigt, wie im Jahre 1785 über solche Dinge geschrieben wurde.

„Ich habe Ihnen schon gesagt, daß die Anabenliebe hier außerordentlich im Schwange ist. Ich sagte Ihnen auch schon,

Man sollte es nicht für möglich halten, daß 37 Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches, um dessen Errichtung Bayern und Preußen gemeinsam gekämpft und gekämpft haben, eine bayerische Staatsbehörde, die tierärztliche Hochschule in München, die von ihr hergestellten Mittel zur Bekämpfung der heimtückischen Rauschbrandseuche einer preussischen Behörde verweigert. Dieser Vorgang ist für unser nationales Empfinden nicht erhebelnd. Wir können nur annehmen, daß die bayerische Ablehnung von einer unmaßgeblichen Stelle aus erfolgt ist und erachten es daher als eine besondere Pflicht der preussischen Staatsregierung sich mit der bayerischen Regierung alsbald ins Einvernehmen zu setzen, damit derartige Fälle in Zukunft vermieden werden.

Je mehr sich ein wahrhaft preussischer Mann blamiert, eine desto größere Schamge hat er. Diese Regel scheint nicht bloß, wie man neulich bemerken konnte, für den Verkehr mit dem Auslande zu gelten, sondern auch für das Verhältnis der Bundesstaaten zu einander.

Als vor einigen Jahren Aerzte der Königsberger Universitätsklinik Diphtherieerum zur Behandlung kranker Kinder außerhalb der Klinik abgaben, erging von einem hohen Ministerium in Berlin ein schleuniger Inhaltsbefehl, da es nicht angehe, kostbares preussisches Staatsgut zu Zwecken privater Lebensrettung zu verschleudern. Damals handelte es sich um eine preussische Staatsanstalt und um preussische Menschentinder. Heute beschwört man die Toten von 1870 und klagt über gebrochene Treue, weil das bayerische Bruderherz nicht warm genug für ostpreussisches Rindvieh schlägt!

Die Auflösung der Berliner Freien Studentenschaft ist vom Universitätsrektor verfügt worden. Das Auditorium, das ihr bisher zur Verfügung stand, wird gesperrt, ihre Anschläge am schwarzen Brett werden nicht mehr zugelassen. Dieser Akt heuliger Bosheit wird mit dem Umstand begründet, daß sich die Freie Studentenschaft geweiheit habe, sich als Verein im Sinne der §§ 38-44 der Vorschriften für die Studierenden zu organisieren. Für die Studenten gilt nämlich das Reichsvereinsgesetz nicht, sie haben ihre eigene Polizeiverordnung, die aus dem Jahre 1847 stammt und die jährliche zweimal wiederholte Erneuerung der Mitgliederlisten beim Rektor vorschreibt.

Die Freie Studentenschaft, deren Mitglieder weder kaufen noch kaufen, dafür aber ein verächtliches Interesse für sozial- und staatswissenschaftliche Disziplinen an den Tag legen, war den Herren der voraussetzungslosen Wissenschaft schon längst ein Dorn im Auge. Man hat sie nach preussischen Notizen schikaniert, hat ihr ihre Vorträge verboten und ihr die Zeitschriften vorgezählt, die sie auslegen durfte. In Preußen kann jeder 14jährige Lehrling mit Recht auf den Studenten herabsehen, der trotz Band und Kappe und alten Privilegien bloß ein Knecht ist, und sich wie ein dummes Funge bebormunden lassen muß in einem Alter, in dem Arbeiter oft schon angesehene Vertrauensleute ihrer Kameraden sind. Der Fall der Freien Studentenschaft müßte alle Studenten zum Kampfe um ihre politische Freiheit aufrütteln, wenn die jungen Herren in ihrer Mehrzahl überhaupt einen Begriff von politischer Freiheit hätten. Aber sie sind Kinder der deutschen Bourgeoisie, beugsame Söhne kraftloser Väter.

Der Brief Eulenburgs.

der diesem die Anklage wegen Verleitung zum Meineid eingebracht hat, ist an den Fiskusmeister Jakob Ernst gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Jakob! Du hast gewiß erfahren, welchen Verdächtigungen ich seit einiger Zeit ausgesetzt bin. Du wirst vielleicht auch aus den Zeitungen ersehen haben, daß man selbst Dich in diese Sache hineinziehen versuchte. Ich habe nun heute geschworen, daß ich mir keinerlei Verfehlungen vorzumwerfen habe. Du wirst ja natürlich, wenn es dazu kommt, auch nur dasfelbe aussagen können.“

daß es hier sogar Häuser gebe, wo die Mädchen sich, wie die Mädchen in den öffentlichen Häusern, darstellen.

Ich konnte mir von der Beschreibung keine Idee machen, die man mir davon gab. Ich gestehe es, ich war neugierig genug, mich durch Herrn B. hinführen zu lassen.

O, Freund, wie hebt der rechtschaffene Mann vor dem Anblick solcher Unflätereien zurück! — Eine Versammlung von zehn oder zwölf Knaben von verschiedenem Alter — Männer von verschiedenen Charakteren an ihrer Seite — auf jedem Gesicht Haunenlust — und so weiter.

Mit Verwunderung sah ich den Redefloßungen zu, mit welchen die älteren Bode den jüngeren begegneten. Weder Sittlichkeiten, weder Anstöße wurden gepart, das Büßchen zu gewinnen. Da trat ein vierstündiger Wachtant seinem Ganymed aus vollem Weinbecher zu; dort schmiegte sich ein zweiter zu dem feintgen mit dem wärmsten Gefühle von Entzücken; hier ländelte wieder im Gegenteile ein loser Bube um den Bauchgürtel seines Zeus und dort verschwand ein dritter mit seinem thragischen Maube.

Kurz, Freund, es übersteigt alle Erwartung, die man sich von der wilden Brunst dieser Versammlung machte. Ich konnte dem abenteuerlichen Spektakel ohnmöglich lange zusehen. Ich schlich bald wieder aus diesem Sodomitentempel zurück. Bestürzt über die Wildheit der menschlichen Leidenschaft und betäubt von den elsthaften Eindrücken kam ich nach Hause.

Seit diesen Tagen mache ich fast täglich neue Entdeckungen. Man versicherte mich, daß diese Ausschweifung erst seit den Zeiten Voltaires hier Mode wurde. Also hat der Mann seinen Wis und sein böses Herz in jeder Gesellschaft glänzen lassen, in die er kam!

Diese Lüsterheit, die anfangs nur aus Neugierde nachgeahmt ward, erhielt bald die allgemeine Herrschaft. Man fing an, in einem Anstrome, den man sonst verabscheut hatte, eine Art von Delikatesse zu finden. Man ging mit Gigantenschritten auf diesem neuen Wohlustgebiete fort. Der Reiz der Reueheit, die Schwierigkeiten, die anfangs damit verknüpft waren und dann die Kaprißen, du willst nun so, alles dies trug mit bei, daß man anfang, eine Diebstahlsidee aus der Knabenliebe zu machen.

Der erste Eifer ging soweit, daß sich die jungen Büßchen, die sich der Päderastie bestimmten, durch sichtbare Kennzeichen im Anzuge von den übrigen unterschieden. So war lange Zeit

Ausland.

Belgien.

Die belgische Kammer hat ihre außerordentliche Session begonnen und die Regierung hat der Linken gegenüber einen schweren Stand. Subin forderte die Auflösung des Parlaments. Nach dem Ergebnis der Wahlen vom 24. Mai hat die Regierung das Vertrauen des Landes nicht mehr und sie sei deswegen nicht mehr autorisiert, im Namen des Landes zu handeln. Der Präsident wies diesen Antrag zurück, da es nur dem König zustehe, das Parlament aufzulösen. Formell ist das richtig, aber das Ministerium hat selbst das Gefühl, das Vertrauen des Volkes nicht mehr zu besitzen. Darum auch die Reise nach Wiesbaden zum König Leopold direkt nach den Wahlen, die als ein Mißtrauensvotum gegen die Kolonialpolitik der Regierung anzusehen sind. Mit gutem Gumor fragte der Genosse Destree, ob denn das Ministerium den Deputierten in Bezug auf den 24. Mai nichts mitzuteilen habe. Der Präsident versuchte die Angelegenheit zu schließen, die Diskussion aber wurde vertagt.

England.

Chinesen auf englischen Schiffen. Dieser Tage hat der englische Handelsminister Churchill eine Delegation des englischen Matrosenverbandes empfangen mit Habelock Wilson an der Spitze. Die Seeleute beklagten sich über die Zunahme chinesischer Arbeiter in der englischen Handelsmarine und forberten, daß auch diesen gegenüber die Sprachklausel Anwendung finden müsse, die den Seeleuten europäischer Nation gegenüber so strikte durchgeführt werde. Der Handelsminister stellte den Erlaß einer neuen Verordnung in Aussicht, wonach den Hafeninspektoren die Pflicht auferlegt werden soll, die Chinesen einem Examen in der englischen Sprache zu unterwerfen. Eine weitere Vermehrung der Beschäftigung von Chinesen auf englischen Schiffen wolle er keinesfalls gestatten.

Rußland.

Einzelheiten der Gefängnistragödie in Jekaterinoslaw. Wir entnehmen der Interpellation, die von den Sozialdemokraten und Arbeitergruppen anlässlich der Gefängnisgruel in Jekaterinoslaw in der Duma eingebracht wurde, weitere Einzelheiten der dort stattgefundenen Missetat:

„Die Aufseher Mamai, Barabach u. a. stürzten sich in die obere Etage an die Kammern der Untersuchungsgefängnisse. Obwohl es den Lepteren vollkommen unmöglich war, zu entfliehen, begannen die Aufseher durch die Gittertüren der Kammern auf die längs den Wänden und unter den Brettern niederlauernden Gefangenen zu feuern. Viele fielen auf den Anien, sie zu verschonen, das rettete sie aber nicht. . . . Es wurden auf diese Weise getötet 3 und verwundet 24 Gefangene! Bei den geschilderten Mordtaten offenbarte sich eine beispiellose Grausamkeit: dem getöteten Wajuscha wurden beide Augen ausgehoben, bei Zukerin wurde die Hand durchbohrt, viele tote wiesen Bajonett- und Säbelstiche auf, die die Eingeweide bloßlegten; bei einigen war der Schädel gespalten. Die Verwundeten mußten sich ohne welche Hilfe bis zum Abend im Schmutz wälzen. . . . Bei vielen gingen die Wunden in Eäulnis über. Beim Verwundeten Prohjanoi, der erst am nächsten Tage ins Landchaftslazarett übergeführt wurde, wurde die Wunde brandig; man mußte ihm beide Beine amputieren und er starb am selben Tage.“

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

(92. Sitzung.)

Karlsruhe, 22. Juni.

Präsident Fehrenbach eröffnet gegen Uhr die Sitzung. Tagesordnung: Die Gehaltsordnung. Abg. Gieseler (Zentr.) führt als Berichterstatter aus, daß die Kommission eingehend die zahlreichen Wünsche und Forderungen geprüft habe und daß sie hoffe, daß sie in dem vorliegenden Werke einen Ausgleich der verschiedenen Wünsche ge-

ein Jüngling mit einem starken Haarsopf, stark bepudertem Rücken und einer Halsbinde ein Zeichen, daß er in die Gesellschaft der „Warmen“ gehöre.

Inzwischen ist die Zahl der Homosexuellen proportional mit dem Bevölkerungszuwachs der Reichshauptstadt gestiegen; man zählt sie jetzt auf ungefähr 60-70 000! Wenn man dazu die Anzahl der männlichen Prostituierten rechnet, so bekommt man gewiß ein recht eigenartiges und charakteristisches Bild von dem nächtlichen Treiben Berlins, welches wohl kaum in einer zweiten Stadt Deutschlands angetroffen wird.

Gerade so wie die weiblichen Dirnen, haben auch die männlichen Prostituierten, welche sich in ihrem Jargon „Kupen“ nennen, ihre eigenen „Stride“, wo sie sich des Nachts herumtreiben, wo sie sehen und gesehen werden. Vielfach umlagern sie die Bedürfnisanstalten, um dort die Aufmerksamkeit von „Interessenten“ zu erregen. Auch besitzen sie ihre eigenen Wirtschaften, in denen hauptsächlich ihresgleichen und viele Homosexuelle verkehren, die sich dort ein Rendezvous mit ihren „Lieblingen“ geben. Doch allzulange existieren derartige Anstalten gewöhnlich nicht, denn gar zu bald kommt die Polizei dahinter und dann sucht der saubere Wirt, der häufig selbst zu den „Warmen“ gehört, schleunigst das Weite, um nicht in langwierige Untersuchungen verwickelt zu werden, die ihn leicht mit dem ominösen Paragrafen 175 des Strafgesetzbuches in Konflikt bringen.

Ja, nicht einmal Zivilisten geben sich dem schändlichen Gewerbe hin, sondern auch die Soldaten benutzen die abnormen Empfindungen gewisser Leute, um sich auf bequeme Art und Weise ihren Geldbeutel zu füllen, weniger aus eigenem pervernen Triebe, wie überhaupt die allermeisten männlichen Prostituierten selber nicht homosexuell veranlagt sind. — Weil jedoch ihr Tun und Treiben ziemlich scharf von der Polizei beobachtet wird, so suchen viele „Kupen“, die sich aus allen möglichen Berufen, wie Kaufleuten, Beamten, Handwerfern und dergleichen zusammensetzen, obgleich manche von ihnen soviel Geld verdienen, um davon leben zu können, dennoch aus dem oben angegebenen Grunde irgend eine Stellung zu erhalten, die sie für einige Stunden des Tages bei dem betr. Arbeitgeber beschäftigt und zwar unentgeltlich, ihnen dafür aber die Möglichkeit gibt, jederzeit der Polizei gegenüber ihre Arbeit und somit ihren Verdienst nachzuweisen.

(Fortsetzung folgt.)

schaffen habe. Sie habe geprüft, ob die vorgenommene Aufbesserung eine dem jetzigen Lebensbedürfnis entsprechende sei. Sie hoffe, daß man auch im Lande überzeugt sei, daß die Notwendigkeit der Aufbesserung vorgelegen habe. Die Aufbesserung habe bei den unteren Klassen 19,1 Prozent, bei den mittleren 18,6 Prozent und bei den höchsten 18,1 Prozent betragen. Im allgemeinen sei das gewünschte Ziel wohl erreicht, wenn auch nicht alle Unbequemlichkeiten beseitigt worden seien. Nur bei D 1, wo die Kommission den Mindestgehalt von 2400 auf 2500 M. erhöht habe, sei eine Einigung mit der Regierung noch nicht erzielt. Bei den mittleren Beamten sei der Ausgleich nicht ganz erzielt worden. Bei einer richtigen Anstellungspolitik könne hier noch geholfen werden. Der Aufbau der Gehaltsordnung erfolgte auf der Grundlage des § 16 der Gehaltsordnung, in dem die Regierung nachgegeben, so daß von großen Beschwerden wohl nicht mehr zu erwarten sei. Die Regierung habe den Anregungen der Kommission wie der Kommission Entgegenkommen gezeigt und auch in den Uebergangsbestimmungen nachgegeben. Daß diese Aufbesserungen nicht gering anzuschlagen seien, beweisen die Zahlen, die im Beharrungszustand erforderlich sind. Unser Staatshaushalt schließt mit einem Ueberschuß von zwei Millionen. Für die Deckung dauernder Ausgaben müßten auch dauernde Einnahmen geschaffen werden. Die Steuerkraft dürfe nicht allzu stark angepannt werden und diese Müdigkeit hätte zur Zurückstellung mancher Wünsche geführt. Bezüglich der Nicht-Einreichung der Lehrer in den Gehaltstaxen müsse er betonen, daß die Regierung erklärte, sie werde im Falle der Einreichung die Beamtentaxen zurückziehen. Aus diesen Gründen habe die Mehrheit von dieser Einreichung abgesehen. Er bitte nun um bloc-Annahme des Tarifs und er hoffe, daß jetzt wieder Befriedigung in die Reihen der Beamten eintreffe.

Abg. Oßkircher (natl.): Bericht über die Beamtentaxen, soweit der Vollzug des Gesetzes in Betracht komme. Das Verhältnis des Staatsbeamten zum Vorgesetzten und Regierung sei in fester Rechtsstellung scharf umgrenzt worden. Beamtenschaft könne gesetzlich nicht fest normiert werden. Ein Antrag Muser betreffe das Amtsgeheimnis über dienstliche Angelegenheiten. Redner geht auf diese Frage und die disziplinarischen Bestimmungen näher ein, die eine Frage der Verwaltungspraxis sei. Eine straffe Parteipolitik in der Behandlung der Beamtentaxen finde sich in keinem deutschen Staat, wohl aber in denen, die man als die freiesten bezeichne, in Frankreich und Amerika. Die Wohnungsgeldfrage bedürfe weiterer dringender Regelung, wie die Frage der Umzugskosten. Redner erörtert sodann das Nähere der Ruhegehaltsverhältnisse bei den einzelnen Beamtentaxen, die zum Teil eine erfreuliche Verbesserung erfahren hätten. In der Dienstpolizei sei nichts geändert worden, doch die Arreststrafe sei ausgedehnt worden. Die finanziellen Wirkungen lassen sich gegenüber dem Entwurf in Bezug auf die Ruhegehalte und Hinterbliebenerversorgung nicht im einzelnen berechnen, doch dürfte die Mehrausgabe sich auf etwas über 1 1/2 Millionen im Beharrungszustand belaufen. Die Regierung habe sich einer Verbesserung der Ruhegehalte, die sofort in Kraft treten, aus finanziellen Gründen ablehnend verhalten. Bei dringenden Bedürfnissen könne eine zusätzliche Bewilligung auf unbestimmte Zeit gewährt werden, wobei bei den notwendigen Erhebungen über die finanzielle Lage schonend vorgegangen werde. Die Kommission empfehle einstimmig die Annahme des Entwurfs. Die Kommission sei bei ihren Beratungen geleitet gewesen in Fürsorge mit den Pensionären und Witwen, wie auch die Regierung den Beamtentaxen wohlwollend gegenübergestanden sei. Bei den Steuerzahlern darf man hoffentlich die Erkenntnis voraussetzen, daß eine genügend bezahlte Beamtenschaft die billigste ist. Für die Beamten ist viel geschehen, und die Kammer darf daher auch erwarten, daß für die nächste Zukunft Wünsche unterdrückt werden. Und so darf man eben auch kein Gegensatz bilden zwischen den verschiedenen Beamtentaxen. (Beifall.)

Finanzminister Gossfeld: In der Kommission haben, wie man nach Anzügen in der Presse hätte schließen können, erhebliche Gegenstände nicht bestanden. Auf beiden Seiten, von Seiten der Regierung wie der Kommission, war der gute Wille vorhanden, die ökonomische Lage der Beamten entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung zu bessern. Die finanzielle Wirkung der von der Kommission vorgeschlagenen weiteren Erhöhungen beträgt im Beharrungszustand etwas über eine Million. Die Kommission hat die höheren Gehälter weiter

aufgebessert und zum Ausgleich dies auch bei den niederen Klassen getan, so daß die Regierung Bedenken hatte, nachzugeben. Nicht zustimmen konnte sie der Erhöhung des Mindestgehaltes der D 1 - Beamten von 2400 auf 2500 M., wobei zu bemerken ist, daß der Höchstgehalt dieser Beamten bei uns den in anderen Staaten übertrifft. Im übrigen ist auch hier die Zahl der Bewerber durchaus keine geringe. Für den Staat bedeutet diese Mehrforderung von 100 M. einen finanziellen Effekt von 135 000 M. Es ist aber dringend geboten, haushälterisch zu wirtschaften und unter diesem Gesichtspunkte ist der genannte Betrag auch für den Staatshaushalt ein wesentlicher. Ich möchte das Haus bitten, in diesem einzigen Differenzpunkte nachzugeben. Auf die Deckungsfrage werde ich heute nicht eingehen, da in wenigen Tagen eine diesbezügliche Gesetzesvorlage erfolgt. Die Beamtengesetzesvorlage hat nur geringe Änderungen erfahren, denen die Regierung zustimmen kann. Bezüglich des Wohnungsgeldes ist auch die Regierung der Ansicht, daß eine Revision des Ortsklassentarifs notwendig ist. Eine diesbezügliche Vorlage soll dem nächsten Landtag zugehen. Die von dem Abgeordneten Oßkircher gewünschte teilweise Revision für Mannheim, konnte nicht durchgeführt werden. Auch ich schließe mich den Hoffnungen an, welche der Berichterstatter, Abg. Oßkircher, zum Ausdruck gebracht hat.

Abg. Dr. Wildens (natl.): Die beiden Berichterstatter haben durch ihre Berichte eine anerkannt wertvolle Arbeit geleistet, wofür ihnen Dank gebührt. Auch in der Kommission war man ohne Unterschied der Partei auf allen Seiten bereit, wohlwollend und im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit an die schwere Aufgabe der Erledigung der vorliegenden Gesetzesentwürfe heranzutreten. Die Regierung hat mit der grundsätzlichen Neuierung der Vorlagen gutes geschaffen, so daß man es heute mit einem guten Werke zu tun hat, denn die Vorlage hat eine wesentliche Vereinfachung des Gehaltstarifs gebracht, der bisher außerordentlich kompliziert war und fortwährend zu Vergleichs-Anläß gegeben hat, die nur Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Die Vorlage brachte eine generelle Aufbesserung der Mindest- und Höchstgehalte aller Beamtentaxen. Erfreulich ist, daß im neuen Gehaltstarif eine große Zahl von Bediensteten etatmäßige Aufnahme gefunden hat, wie auch die Verhältnisse der Zurücksetzung und Versorgung der Hinterbliebenen wesentliche Verbesserungen erfahren haben. Auch die Befreiung der Arreststrafe für Beamte ist ein Fortschritt. Die Unzufriedenheit der Beamten ist auf die Uebergangsbestimmungen wie auf die Dienstaltersfrage zurückzuführen. Die Kommission ist redlich bemüht gewesen, die Vorlage weiter zu verbessern und zwar nach verschiedenen Richtungen hin, so daß auch bei den Beamten eine größere Zufriedenheit eingeleitet ist. Wesentliche Verbesserungen haben die Uebergangsbestimmungen erfahren, als alle Beamten sofort eine wirksame Aufbesserung erhalten und zwar zum Teil in außerordentlicher Form. Hier hat die Kommission besonders kräftig eingegriffen, obgleich wie der Minister mit Recht ausführte, die finanzielle Wirkung eine recht bedeutende ist. Neuen Anregungen, die noch kamen, kann man nicht nachkommen, wenn man nicht die Vorlage zu Falle bringen will. Ich möchte deshalb auch die en-bloc-Annahme empfehlen. An der Nichtaufnahme der Lehrer in den Gehaltstaxen die Vorlage scheitern zu lassen, würde ich für unverantwortlich halten. Der Staatsminister hat schon in der Kommission erklärt, die Regierung werde die Vorlage zurückziehen, wenn die Kommission auf der Einreichung bestehen bleibt. Auch die Lehrer werden einsehen, daß es sich hier um eine Zwangslage handelt.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

Erste Kammer.

(19. Sitzung.)

Karlsruhe, 22. Juni.

Präsident Prinz Max eröffnete kurz nach 4 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Fehr, v. Marschall, Generaldirektor Roth und Regierungskommissäre. Tagesordnung: Spezialbudgets der Verkehrsanstalten mit den dazu vorliegenden Petitionen. Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Geh. Hofrat Professor Dr. Bunta erläuterte namens der Budgetkommission Bericht über das Spezialbudget der Verkehrsanstalten und zwar: a) des Eisenbahnbetriebs, b) der Bodenfer-

Dampfschiffahrt, c) des Anteils Badens an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn für die Jahre 1908 und 1909 sowie in Verbindung damit die hierzu vorliegenden Petitionen. Die Kommission hat das vorliegende Budget in eingehender Weise beraten und kam zu dem Antrage, die Kammer wolle dem Spezialbudget der Verkehrsanstalten in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer Genehmigung erteilen. Die Rente unserer Staatsbahnen stellt sich nach dem Betriebsüberschuß des Jahres 1906 mit 28 514 262 Mark auf 4,18 Proz., die Rente anderer deutscher Bahnen betrug 1906: im Reichslande 4,73, bei der preussisch-hessischen Gemeinschaft 7,5, in Bayern 3,71, in Sachsen 5,39, und in Württemberg 3,37 Proz. Der Betriebskoeffizient, das heißt das Verhältnis der Gesamteinnahmen zu den Gesamtausgaben, stellt sich in den letzten fünf Jahren wie folgt: 1902: 81,20, 1903: 71,95, 1904: 68,47, 1905: 71,07, 1906: 70,15, 1907: 72,75. Nach dem Vorschlag 1908/09 werde sich der Betriebskoeffizient auf 77,6 berechnen. Das von der Eisenbahnverwaltung beschäftigte Personal einschließlich der Werkstättenarbeiter betrug 1906 zusammen 24 471 Personen. In einzelnen Posten des Vorschlags der Eisenbahnverwaltung ist insofern eine grundsätzliche Änderung eingetreten, als vom 1. Januar 1908 ab die Position „Lasten und Verwaltungsstellen“ im Eisenbahnbudget in Wegfall kommt und für diese Verwaltungsstellen des Eisenbahnbauunter den Ausgaben der Betriebsverwaltung unausgeschieden veranschlagt und als Betriebsausgaben verrechnet werden. Eine weitere grundsätzliche Änderung, welche dem Betriebsset zur Last fällt, besteht darin, daß bisher die Kosten für Erneuerungen, Verbesserungen und Neubauten nur bis zur Höhe von 50 000 M. angefordert wurden, während im vorliegenden Etat die Grenze bis auf 100 000 M. hinaufgeschoben ist. Gegen diese Änderungen, durch welche eine Uebereinstimmung mit den übrigen größeren deutschen Staatsbahnverwaltungen herbeigeführt wird, bestehen keine Bedenken. Der Verband der Bureau-, Kanzlei- und Rechnungsbeamten der badiischen Staatseisenbahnen hat sich mit der Bitte an die Landstände gemeldet, es möchten im Nachtragset weitere 70 Bureauassistenten angefordert werden. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Zum gleichen Antrage gelangte die Kommission bezüglich der Petition des badiischen Eisenbahnerverbandes um Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse des im Tagelohn beschäftigten Personals der badiischen Staatseisenbahnen und der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung. Eine Petition der Stadtgemeinden Neustadt mit 56 anderen Gemeinden sucht wiederholt um Aufhebung des Entfernungsauflags für die Zahnradstrecke auf der Hüllentalbahn nach. Die Kommission stellt den Antrag, diese Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. An der Strecke Mosbad-Neudau gelegene Gemeinden beantragen in einer Petition eine Ermäßigung der Personen- und Gütertariife. Die Kommission kam zu dem Antrage, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Bei der Beratung über die Personen-tarifreform vor zwei Jahren hat die Kommission die Notwendigkeit einer einheitlichen und gleichmäßigen Gestaltung des Personenverkehrs auf allen deutschen Bahnen betont und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche aus einer Ablehnung der 4. Klasse und der dadurch entstehenden Isolierung Badens erwachsen müßten. Nachdem die Einführung der 4. Wagenklasse in Württemberg, dem Reichslande und der Pfalz inzwischen sich anstandslos vollzogen hat und in Baden die erwarteten Schwierigkeiten eingetreten sind, kann die Kommission nur dringend empfehlen, daß die badiische Staatsbahnverwaltung halbmöglichst dem Beispiel der Nachbarstaaten folgt und durch Einführung der 4. Klasse die erforderliche Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Klasseneinteilung und Wagenbezeichnung herstellt. Die Frage der Betriebsmittelgemeinschaft bezw. der gemeinsamen Güterwagenbenützung durch die Staatseisenbahnverwaltungen befindet sich noch in der Schwebe. Die Kommission kann nur von neuem betonen, daß sie nach wie vor im nationalen wie im wirtschaftlichen Interesse einen engeren Zusammenschluß der deutschen Staatsbahnverwaltungen für dringend wünschenswert hält und die Regierung bittet, in diesem Sinne wirken zu wollen. Einen erforderlichen Ausbau hat unser Bahnhofsnetz erfahren. Es hat das zur wirtschaftlichen Hebung unserer Bevölkerung beigetragen. Die Eisenbahnverwaltung hat bei dem Bau von Bahnen das fiskalische Interesse nicht in den Vordergrund gestellt, sondern den volkswirtschaftlichen Charakter, die Interessen der Allgemeinheit in den Vordergrund gestellt. Dafür verdient sie Anerkennung. Der Betrieb unserer Bahnen ist ein guter. Das ganze Personal, vom höchsten Beamten bis zum niedersten Angestellten tut seine Pflicht, wofür Lob und Anerkennung ausgesprochen werden müssen. Unsere Züge haben eine Ausstattung erhalten, die allgemeinen Beifall findet. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind zurückgegangen. Es war das nach Einführung der Personentarifreform nicht anders zu erwarten, denn der Zweipennigtarif hat eine Abwanderung in die unteren Klassen zur Folge gehabt. Wir dürfen aber hoffen, daß nach und nach durch die Steigerung des Verkehrs der Ausfall wieder ausgeglichen wird. Anzuerkennen ist es, daß die Eisenbahnverwaltung das Personal, besonders die Arbeiter, besser gestellt hat.

Fehr, v. Müdt: Der Anerkennung, welche unserer Eisenbahnverwaltung und dem, was sie leistet, ausgesprochen worden ist, kann ich mich nur anschließen. Anerkennung verdient auch ohne Ausnahme unser Personal. Dasselbe ist gut geschult und tut seinen Dienst mit einem Pflichteifer, der Anerkennung verdient. Auch unser Material ist ein gutes. Wir dürfen sagen, daß wir mit unseren Bahnen den Vergleich mit anderen Bahnen aushalten können. Der Redner betrat sodann verschiedene Wünsche, die sich auf die Befreiung der Rauchbelästigung, die Anschaffung zweckmäßigerer Vorhänge für die Eisenbahnwagen und die Bekämpfung der Zugbelästigungen bezogen. Was die Frage der 4. Wagenklasse betrifft, so gehört heute schon ein gewisser Mut dazu, deren Einführung zu verlangen. Es hat mich gefreut, daß die Kommission sich für die Einführung dieser Klasse ausgesprochen hat. Man ist mit diesem Standpunkte keineswegs rückständig. Im übrigen haben wir ja heute schon die 4. Klasse, wenn sie auch die Bezeichnung nicht hat. Aber gerade daraus entstehen große Schwierigkeiten nicht nur für den Verkehr mit den Nachbarstaaten, sondern auch für den Verkehr innerhalb des Landes. Die 4. Klasse ist gar nichts Besonderes und sie hat nichts Entwürdigendes, wie uns der Verkehr in anderen Staaten, auf den Lokalbahnen und Straßenbahnen, die nur eine Klasse besitzen, zeigt. Man sagt, es solle mit der 4. Klasse ein neuer sozialer Unterschied geschaffen werden. Ich kann eine solche Auffassung nicht begreifen in einer Zeit, in der bei vielen Fällen und aus verschiedenen Anlässen alle Gesellschaftsklassen in stete Berührung miteinander kommen. Wir werden dazu kommen müssen, die 4. Klasse einzuführen. Je

Cheater und Musik.

Stadtgärtentheater Karlsruhe. Am 1. Juli werden sich wieder die Pforten des Stadtgärtentheaters Karlsruhe öffnen. Wie immer in den letzten Jahren wird auch diesmal Herr Heinrich Gagin die Direktion und künstlerische Oberleitung führen. Als Eröffnungsvorstellung ist die „Lustige Witwe“ geplant, an Kostümen gelangen die erfolgreichen Operetten „Ein Walzertraum“ und „Der fidele Bauer“ zur Aufführung. Auch aus dem Schatz der älteren Operettenliteratur ist eine hübsche Auswahl getroffen, so daß eine hinreichend abwechslungsreiche Saison bevorsteht. Von den engagierten Kräften dürfte besonderes Interesse die von ihrem letztjährigen Gastspiel noch in bester Erinnerung stehende erste Soubrette, Fräulein Alma Saccar beanspruchen. Allerdings ist das Engagement insofern kein stehendes, als Fräulein Saccar in erster Linie von unserem Hofschauspieler Herrn Siegfried Heingel, der bekanntlich der Leiter des Baden-Badener Sommertheaters ist, verpflichtet wurde, eine gegenseitige Vereinbarung inbezug ein öfteres Gastspiel der Künstlerin in Karlsruhe möglich macht. Von älteren Bekannten werden wir sodann Herrn Alois Großmann, den bravourösen Komiker begrüßen dürfen, ferner den Tenoristen Herrn Albert Glahner, welcher erst kürzlich aus länger an das Hoftheater Stadttheater verpflichtet wurde, den Baritonisten Richard Richter und endlich Fräulein Auguste Richter für das Fach der komischen Alten. Als ersten Kapellmeister gelang es der Direktion, den ebenfalls seit einigen Jahren hier wohnhaft residenten Herrn Rud. Groß zu gewinnen. Zweiter Kapellmeister ist Herr Stefan Niedner, Konzertmeister Herr Karl Köpfeler.

Die meisten übrigen Mitglieder bestehen aus Angehörigen des Grazer Stadttheaters, dem Herr Gagin im letzten Jahre als Direktor vorstand. Es sind dies die Damen: Paula Wager, Nelly Elfinger, Irene Fidler, Marie Gottlieb, Genie von Gröhl, Carola Jovanovic, Anni Reiminger; die Herren: Karl Koch, Jos. Moravi, Karl Schöpfer. Außer diesen wirken noch folgende Künstler mit: Anni Clair vom Stadttheater in Bremen, Magda Fleischmann vom Stadttheater in Augsburg, Carla Sahn vom Stadttheater in Dortmund, Friedrich Weder vom neuen Operet-

tentheater in Leipzig, Alfred Fischer vom K. K. priv. Carltheater in Wien, Georg Fischer vom Stadttheater in Bremen, Lud. Gerold vom K. K. priv. Theater an der Wien, Jos. Neimel vom Stadttheater in Würzburg und Max Böhl vom Stadttheater in Essen. Der Chor besteht aus 16 Damen und 14 Herren, das Orchester aus 24 Herren. Den Vorverkauf der Billette hat der Postkartenverlag G. Schwaibler Moos, Kaiserstraße 96, wie letztes Jahr übernommen. L.

Literatur.

Vom „Wahren Jacob“ wird in den nächsten Tagen die 13. Nummer des 25. Jahrgangs erscheinen. Sie gedenkt des siebenzigsten Geburtstages Julius Mottelers durch persönliche Erinnerungen an ihn aus der Feder von Wilhelm Bloß und durch Wiedergabe eines Porträts aus der Zeit des ersten Leipziger Aufenthalts. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Aus den Wigblättern.

„Jugend“.

Wahre Geschichten. Die Kapitulantinnen haben Prüfung in der Geographie und zwar in Anwesenheit des sehr gefürchteten und gestrengen Obersts v. A. Leutnant (einen Unteroffizier fragend): „Wodurch ist Heidelberg berühmt?“ „Der Herr Oberst waren dort im vergangenen Sommer 4 Wochen auf Urlaub.“

Ein junges Mädchen hat zu seinem Geburtstag ein Stammbuch erhalten und bittet seinen Papa, ihm doch etwas hineinzu-schreiben. „Aber was soll ich Dir denn hineinschreiben?“ fragt der Papa verlegen. Da kommt sein älteres Töchterchen, das schon lange ein Stammbuch besitzt, und sagt wichtig: „Aber Papa, das ist doch sehr einfach. Da machst zwei Striche, einen hinauf und einen hinunter und darunter schreibst:

Da geht der Strich hinauf,
Da geht der Strich hinunter,
Wenn Du Deine Papa zählst
Zähl auch mich darunter.“

ite 2.
che Session
gegenüber
Lösung des
am 24. Mai
nicht mehr
Namen des
Antrag
ment auf-
ministerium
nicht mehr
haben zum
eir Miß-
Regierung
r Genosse
tierten in
abe. Der
t, die Dis-
ge hat der
ation des
Habelod
y über die
Handels-
über die
Seelenen
rdgeführt
er neuen
toren die
a Gemien
e weitere
englischen
rinoslaw.
n Sozial-
befängnis-
st wurde,
Regel:
en sich in
esgefange-
s war, zu
ntiziren der
Priffchen
en auf den
... Es
et 24. Ge-
barke sich
a wurden
and durch-
auf, die
schädel ge-
Hilfe bis
ingen die
Profanot,
t überge-
uchte ihm
Tage.“
l. Juni.
Sitzung.
aus, daß
nd Forde-
dem vor-
insige ge-
pubertem
ie Gessell-
ional mit
n; man
dazu die
amt man
von dem
zweiten
ie männ-
„Ripen“
herum-
agern sie
von „An-
Neben
e Homo-
„Lieb-
Aneipen
bahntien
n Wern-
gweriger
mit dem
Konflikt
hen Ge-
normen
Art und
en per-
en Pro-
hil jedoch
sobachtet
hen Be-
gleichchen
berdie-
n ange-
sie für
schäftigt
eit gibt,
en Ver-

früher dies geschieht, desto besser ist es für unsere Bevölkerung. Der Redner brachte zum Schluß einige Fahrplanwünsche zur Sprache zur Besserung des Verkehrs auf der Oberrheinbahn.

Minister Frhr. v. Marschall: Für die Anerkennung, welche der Eisenbahnverwaltung ausgesprochen wurde, sage ich meinen Dank. Die freundlichen Worte sollen für uns ein Ansporn sein, auf dem betretenen Wege weiterzuschreiten und bestehende Mängel abzuschießen. Wir würden manchen Mangel beseitigen, wenn uns stets die Mittel hierzu zur Verfügung ständen. Wir müssen große Sparfameit walten lassen. Auch der Bericht der Kommission enthält eine Mahnung zur Sparfameit. Es ist richtig, daß die Ausgaben eine steigende Tendenz zeigen, während die Einnahmen nicht gleichen Schritt halten. Die Einnahmen haben eine wesentlich höhere Steigerung erfahren, als die Ausgaben. Der Betriebskoeffizient hat eine Steigerung erfahren. Wir müssen nach Lage der Verhältnisse die Einnahmen vorsichtig aufstellen. Aber es muß gesagt werden, daß der Koeffizient durch die Ausgaben, welche das neue Beamtengehalt verursacht, sich noch weiter steigert. Daß er nicht höher ist, haben wir den größeren Einnahmen aus dem Güterverkehr zu danken. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr zeigen einen Rückgang. Es ist das nicht erfreulich, aber einen Trost gewährt uns bei dieser Erscheinung die Tatsache, daß der Rückgang der Einnahmen nicht auf einen Rückgang der Frequenz zurückzuführen ist. Die Frequenz hat sich im Gegenteil gesteigert. Die Ursache der Mindereinnahme ist auf die Personentarifreform zurückzuführen. Es wird die Frage aufzuwerfen sein, ob nicht für eine große Zahl der Reisenden der Tarif zu sehr herabgesetzt wurde und ob die Regierung sich nicht Maßnahmen anschließen soll, die, ohne die Bevölkerung zu belästigen, eine Steigerung der Einnahmen bringen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß die Regierung eine solche Maßnahme in der Einführung der 4. Wagenklasse erblickt. Die Regierung steht aber auf dem Standpunkt, daß sie in dieser Angelegenheit zunächst noch den Abschluß weiterer Erhebungen über die Tarifreform abwarten muß. Der Redner äußerte sich sodann kurz zu einzelnen Anregungen des Vorredners und dankte nochmals für die der Eisenbahnverwaltung und ihrem Personal ausgesprochene Anerkennung. Wir werden bestrebt sein, allen Ansprüchen, die an eine Staatsbahnverwaltung gestellt werden können, gerecht zu werden.

Fabrikdirektor Dewitz: Den Ausführungen des Berichtserfassers kann ich mich in allem anschließen, besonders auch in dem, was er über die 4. Wagenklasse gesagt hat. Ich glaube, daß hier im Hause kein Widerstand gegen die Einführung der 4. Wagenklasse vorhanden ist. Ich kann der Regierung nur raten, die 4. Klasse recht bald einzuführen, damit die Agitation gegen dieselbe endlich aufhört. Ein Fortschritt ist die 4. Klasse allerdings nicht, sie ist aber auch kein Unglück für das Land. Die Regierung möchte ich bitten, die Betriebsmittelgemeinschaft im Auge zu behalten. An die Regierung möchte ich die Anfrage richten, ob bezüglich der bei Besprechung der Frage der Kohlennot gegebenen Anregung auf Frachtabbilligung der englischen Kohle Folge gegeben werden kann.

Generaldirektor Roth äußerte sich zu verschiedenen, in der Debatte vorgetragener Wünsche, deren Prüfung er zusagte. Die Frage der Betriebsmittelgemeinschaft wird von der Regierung im Auge behalten werden. Was die Fracht für englische Kohlen betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß sie, wenn die Ausladung in unseren Häfen geschieht, zu den gleichen Frachtsätzen befördert werden, wie die anderen Kohlen. Ob Norddeutschland eine Ermäßigung eintreten läßt, möchte ich bezweifeln.

Hierauf wurde in die Spezialberatung eingetreten und nach einer kurzen Debatte, an der sich der Berichtserfasser Dr. Bunte, Fabrikdirektor Dewitz und Minister Frhr. v. Marschall beteiligten, die Anträge der Kommission angenommen.

Der Präsident teilte hierauf mit, daß er durch anderweitige Inanspruchnahme in den nächsten drei Wochen nicht in der Lage ist, an den Verhandlungen des Hauses teilzunehmen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Budget des Ministeriums des Innern; Petitionen.

Radische Politik.

Zum Beamtengehalt

hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolution beantragt:

Hohe zweite Kammer wird ersucht, folgender Resolution ihre Zustimmung zu geben:

Die badischen Staatsbeamten dürfen gemäß Artikel 7 der badischen Verfassungsurkunde hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer Beförderung in höhere Stellen oder Gehaltsklassen wegen ihrer politischen Gesinnung oder deren Betätigung in keiner Weise benachteiligt werden.

Wegen Einreihung der Volksschullehrer in den Gehaltsstuf

hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolution beantragt:

Die zweite Kammer der badischen Landstände richtet an die Großh. Regierung das Ersuchen, bis zur Einreihung der Volksschullehrer in den Beamten-Gehaltsstufen (Klassen G 2 und F 3) unter Abänderung von § 39 des Elementarunterrichtsgesetzes, die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer unverzüglich in folgender Form zu ordnen:

- 1. Hauptlehrer an Volksschulen erhalten: a) einen jährlichen Gehalt, welcher — ohne Rücksicht auf den Ort ihrer Anstellung — sich richtet in Gehaltsklasse II nach G 2 des Beamtengehaltstareifs (1/2 aller Stellen), b) in Gehaltsklasse I nach F 3 des Beamtengehaltstareifs (1/2 aller Stellen). 2. Die Übergangsbestimmungen werden analog der entsprechenden Bestimmungen des Beamten-Gehaltsgesetzes geregelt.

Zur Geschäftslage des Landtags

bringt die „Frankf. Stg.“ einen Artikel aus der Feder ihres Karlsrüher Mitarbeiters, worin es zum Schluß heißt:

Selbst wenn der Landtag noch im August beisammen bleibt, wozu nach ernsthaften Schätzungen die allerbegründetste Aussicht besteht, so wird an eine sachgemäße Aufarbeitung des großen, noch unerledigten Pensums gar nicht zu denken sein. In den verschiedensten Bevölkerungsschichten und Parteilagern macht sich daher eine erhebliche Mißstimmung bemerkbar, die dem Ansehen des Parlaments nicht dienlich sein

kann. Die Regierung selbst würde sich wahrscheinlich ganz gerne damit abfinden, daß ein Teil des Stoffes unerledigt und dem nächsten Landtag vorbehalten bleiben solle. Wie der neue Landtag aussehen wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Eben diese Unsicherheit, das zaghafte Rechnen damit, daß er vielleicht die lange drohende liberal-konservative Mehrheit bringen könne, wirkt erkennbar schon heute lähmend auf die ganze Regierungsmaschine. Das und außerdem die ziemlich starke Beanspruchung des ministeriellen Apparates durch die Landtagskampagne wird ebenfalls die Frage eines baldigen Abbruchs der Verhandlungen und der damit unbedingt nötigen Anberaumung einer Herbstsession ziemlich unerwünscht scheinbar lassen. Der Stand der parlamentarischen Arbeiten und die allgemeinen Interessen des Landes fordern jedoch eine solche Vertagung nachgerade als den einzigen sachgemäßen Ausweg aus der augenblicklich hochgradig gewordenen Kalamität. Das letzte Wort in der Frage der Vertagung wird also trotz eines kürzlich durch die Blätter gegebenen Dementis noch keineswegs gesprochen sein.

Die dem Landtag gemachten Vorwürfe, daß die Debatten zu ausgedehnte sind, kann man als zutreffend nicht anerkennen. Man vergesse doch nicht, daß der badische Landtag zum Unterschied von fast allen übrigen gesetzgebenden Körperschaften der deutschen Bundesstaaten alle zwei Jahre nur einmal zusammenberufen wird und dann neben dem Budget alle übrigen Arbeiten gesetzgebender und sonstiger Art zu erledigen hat. Dazu kommt die fast regelmäßig zu spät e Einberufung der Kammer und ferner der Umstand, daß trotzdem die Regierung mit der Ausarbeitung ihrer Vorlagen oft sehr im Rückstande ist. Gewiß könnten manchmal die Debatten kürzere sein, aber viel Zeit würde dadurch nicht gewonnen.

In den letzten Jahren schickte die Regierung den Landtag jeweils nach Hause, nachdem die für die Regierung unbedingt nötigen Arbeiten ihre Erledigung gefunden hatten. Die Initiativanträge aus dem Hause fielen dann in den Papierkorb. Auch diesmal scheint die Regierung ähnliche Absichten zu hegen; es trägt sich nur, ob die Volksvertretung sich diese ihr keineswegs würdige Behandlung gefallen läßt. Selten war ein Landtag mit so vielen und zum Teil sehr schwierigen gesetzgeberischen Vorlagen belastet worden, wie der diesjährige Landtag. In den Kommissionen wie im Plenum wurde sehr fleißig gearbeitet, ja man kann ruhig sagen, daß die Anforderungen an die Arbeitskraft der Volksvertreter, wenigstens insoweit sie den beiden wichtigsten Kommissionen angehören, manchmal bis an die äußerste Grenze gingen. Wenn trotzdem der Landtag die ihm obliegenden und noch in Aussicht gestellten Arbeiten nicht alle zur Erledigung bringen kann, selbst dann nicht, wenn er bis in den August hinein zusammenbleibt, so trifft nicht ihn, sondern die Regierung und das von ihr vertretene Regierungssystem die Schuld.

Mit Recht fordert auch der Korrespondent der „Frankf. Stg.“ im Hinblick auf den Stand der parlamentarischen Arbeiten die Vertagung des Landtags. Die Art, wie jetzt bei der Hundstagsitzung und bei der tatsächlich bei vielen Abgeordneten eingetretenen Leberarbeit die Geschäfte erledigt werden, kann dem Ansehen der Volksvertretung nur schaden. Schon aus diesem Grunde sollte diese diesmal der Regierung gegenüber eine andere Stellung hinsichtlich der Schließung des Landtags einnehmen, als das in den letzten Jahren der Fall war. Aber auch die Rücksicht auf die Behandlung der Initiativanträge aus dem Hause selbst sollten die Volksvertretung veranlassen, sich nicht nach Abschluß der Budgetverhandlungen einfach nach Hause jagen zu lassen.

Was in Württemberg, Bayern, Hessen u. möglich ist, kann in Baden nicht unmöglich sein und wenn bei dem derzeitigen Regierungssystem der Regierungssystem vorübergehend ins Stocken gerät, so ist es doch man endlich gefälligst mit diesem System. Der Landtag darf sich nicht fernerhin das Odium aufladen, daß er die Schuld an den Lebelständen trägt, die fast ausschließlich nur darauf zurückzuführen sind, daß er alle zwei Jahre nur einmal zusammenberufen wird. In Württemberg, Bayern und Hessen hätte man die Beamtenvorlagen mit einigen anderen zusammen in einem Besonderen zur Erledigung dieser Vorlagen einberufenen Landtag vorgelegt. In Baden aber erlaubt man sich, die Volksvertretung mit Regierungsvorlagen förmlich zu überschütten; dazu kommen die Hunderte von Petitionen, das Budget und die Initiativanträge aus den Parteien. Und das alles soll in 7-8 Monaten erledigt werden. Ist es da ein Wunder, wenn gegen Schluß der Session alles im Galopp und in Aufschub und Hogen verhandelt wird und wenn dann, wie bei der Vermögenssteuerborlage, die größten Wöde geschossen werden? Nein, so darf das nicht weitergehen. Der Landtag muß diesmal mit der Regierung ein ernstes Wort reden. Eine Vertagung ist diesmal gar nicht zu umgehen, wenn die Volksvertretung nicht mit ihrem Pflichtbewußtsein in einen schweren Konflikt kommen will. Wird der Landtag nicht vertagt, sondern geschlossen, so bedeutet das schon im voraus wieder die Leberlaftung des künftigen Landtags. Und so geht es fort ad infinitum und das Ansehen der Volksvertretung kommt dabei immer mehr zu Schaden. Deshalb setze der Landtag diesem System endlich den nötigen Widerstand entgegen, wir sind fest davon überzeugt, daß dann damit gebrochen wird.

Zentrums-Terrorismus und jungliberale Waschlappigkeit.

Zwei Zeitungsnotizen, die nachstehend von uns wiedergegeben werden, mögen beweisen, wie berechtigt unsere Spitzmarke ist. Da schreibt das katholische Sädinger „Volksblatt“:

Waldshut, 18. Juni. Die Fronleichnamspession nahm bei herrlichem Wetter einen erhebenden und großartigen Verlauf. Die Zahl der Teilnehmer, auch seitens der Männerwelt, war eine ungeheure. Jung und alt stimmte frohbegeistert in den Ruf ein: „Lob und Dank sei ohne End dem allerheiligsten Sakrament!“ Es verdient lobend hervorgehoben zu werden, daß die Andersgläubigen daher mit verschiedenen Ausnahmen, mit ihren katholischen Mitbürgern bei der Ausschmückung ihrer Häuser weitestens und damit verbunden, daß die katholische Anschauung ebenfalls respektieren: Zu diesen unermülichen Ausnahmen zählt auch der bekannte Herr Rechtsanwalt Wieland. Dieser Herr dünkt sich natürlich über solche einfachen Rücksichten des Tates und

der guten Sitte seinen katholischen Mitbürgern gegenüber turmhoch erhaben. Aber das liebe Geld streicht er von seinen gutkatholischen Klienten jeweils mit behaglichem Schmunzeln in seine Tasche. Solche und andere Rücksichtslosigkeiten kann sich in einem so strengkatholischen Bezirke der protestantische Herr Rechtsanwalt Wieland auch ganz ungeniert gestatten; denn der liebe Gott hat hierzuland gewisse Katholiken mit einer so großen Portion von — Gütmütigkeit ausgerüstet, daß sie eines jeden Ehrgeföhls vollständig verlustig zu sein scheinen. Es ist dies einfach sehr traurig, aber wahr!

Unser Waldshuter Korrespondent bemerkt dazu: „Was hier zum Grundsat erhoben ist, ist Terrorismus der schlimmsten Art. Wenn gesagt ist, daß die Andersgläubigen bei der Ausschmückung ihrer Häuser anlässlich der Fronleichnamspession mit den Katholiken miteteifern, so ist doch gerade in obigem Artikel klipp und klar gesagt, warum sie es tun; es sollte sich ein protestantischer Geschäftsmann einmal erlauben, das nicht zu tun. Der Boykott von katholischer Seite wäre sicher, wie ja Figuren zeigt. Gätten Protestanten solche öffentliche prunkvolle Aufzüge, wir bezweifeln stark, ob sich die andere Seite dazu hergeben würde, das Fest noch prunkvoller zu gestalten. Aber hier will eben durch äußeren Glanz die katholische Kirche ihre Macht und Herrlichkeit zeigen. Nach unserer Schätzung sind in Waldshut doch mindestens 1/2 der Einwohner Andersgläubige, die das Fest ganz und gar nicht angeht, und von diesen zu verlangen, daß sie zur Verschönerung eines solchen Aufzuges beitragen, ist eine Anmaßung, die sich nur ein Waldschmelze erlauben kann. Man kann sich an obigen Ausführungen des frommen Mannes einen ungefähren Begriff machen, welche Zustände wieder herrschen würden, wenn die Waldschmelze wieder aus Küber käme. Wenn Herr Wieland das Geld seiner gutkatholischen Klienten mit behaglichem Schmunzeln in seine Tasche steckt, so nehmen wir doch an, daß er eine Gegenleistung dafür gemacht hat, und wir glauben kaum, daß seine Herren Kollegen von der andern Fakultät nicht auch mit dem gleichen Schmunzeln das Geld protestantischer Klienten einstecken würden.“

Soweit unser Korrespondent. Uns interessiert aber auch die Haltung des Politikers Wieland. Was hat er, der der jungliberalen Partei angehört, ihr Vorkämpfer ist und bei jeder Gelegenheit in den schönsten Tönen gegen das Zentrum wettet, zu sagen? Erklärt er klipp und klar: Ich bin Protestant, habe als solcher mit dem rein katholischen Fronleichnamsfest nichts zu tun und wahre mir das Recht, nach den Grundgesetzen meiner Religion zu leben. In politischer Beziehung bin ich schroffster Gegner der politischen Organisation der katholischen Kirche, des Zentrums, und kein objektiver Denker, kann von mir verlangen, daß ich einer Zeremonie beizuhängen, die in letzter Linie auf eine Stärkung der Position meines politischen Gegners hinausläuft. So mußte Herr Wieland reden. Und wie hat er sich verhalten? Einfach kläglich, jämmerlich! Man liest im liberalen „Alb-Noten“ die folgende Antwort Wielands auf die dreifache Anmaßung des ultramontanen Sädinger „Volksblattes“:

Es wird keinem denkenden Leser entgehen, daß der Artikel bezweckt, mich in meiner Praxis zu schädigen. Was meine „Zerklosigkeit“ bezüglich der Fronleichnamspession anlangt, so muß sich der Artikel — es wird wohl Herr Lehrer Armbruster sein — mit meiner Frau auseinandersetzen, der ich den Haushalt vertrauensvoll überlasse. Bemerkungen will ich nur, daß nach jedes Jahr meine Fenster anlässlich der Fronleichnamspession geschmückt waren. Meine Frau hat zurzeit kein Dienstmädchen, daher sehr viel Arbeit und vergessen, bezw. keine Zeit gehabt, sich Kränze zu verschaffen. Sie hat mir aber sehr versprochen, das nächste Jahr das Verkaupte nachzuholen. Als Ersatz für den Hauschmuck sind auf meine Veranlassung meine beiden kleinen Nichten, die sich bei mir zu Besuch befinden, im Alter von 7 und 5 Jahren, in weißen Kleidern, Kränzchen auf dem Kopfe und Lilien in den Händen, mit der Spession gegangen. Die Kleinsten hoffen in ihrer Kindlichkeit, daß sich der liebe Gott recht gefreut habe. — Eine der Lilien stand heute Morgen zu meiner Ueberzeugung auf meinem Schreibtisch. Ich hoffe, daß nach dieser Darstellung, für deren Richtigkeit ich mehrere Zeugen benennen kann, meine katholischen Mitbürger mich auch fernerhin mit ihrem Vertrauen beehren. Waldshut, 19. Juni 1908. Wieland, Rechtsanwält.

Man mag gewiß einiges von der demütigen Abbitte auf das Konto des stark katholischen Waldshut setzen, immerhin bleibt mehr wie genug übrig, um das Verhalten Wielands als ein jämmerliches zu bezeichnen. Mit solchen Gegnern wird das Zentrum ohne viele Mühe fertig. Und selbst die liberalen Freunde des Waldshuter Rechtsanwalts werden von seinem „Mannesmut vor den Thronen des Zentrums“ riesig entzückt sein.

Nachschrift: Wie der „Albote“ mitteilt, wird Rechtsanwält Wieland wegen des im „Sädinger Volksblatt“ enthaltenen Artikels, in welchem er wegen Nichtschmückung seiner Wohnung am Fronleichnamstag in unqualifizierbarer Weise angegriffen wurde, gegen die Redaktion des Blattes Klage wegen Beleidigung erheben. (Damit wird die Sache Wielands nicht besser. Red.)

Die Kirchenglocken in Schuttertal.

Man schreibt uns: Wie sehr Geistliche der Macht ihres Standes bewußt sind, mit der sie ihre Interessen und Ziele erreichen und Hindernisse, Dornen und Disteln, die ihnen Gott in den Weg gelegt, im Vollbesitz ihrer Würde beseitigen, zeigt folgendes: Wie bekannt, wird dort eine Kirche gebaut, die bereits im Rohbau erstellt ist. Es handelt sich jetzt um die Aufbringung der Kirchenglocken. Als sich nach hergebläuer Mühe, niemand zur freiwilligen Stiftung bereit erklärte, so wurde bestimmt, daß gesammelt werden müsse. Viele Gemüter erhitzen und gaben nichts, indem sie zur Einsicht kamen, daß sie zu dem hohen Steuerfusse nicht noch den sauer verdienten Tagelohn an die „großen Glocken“ hängen können. So war nun die Aussicht vorhanden, daß die Summe zu fünf Glocken nicht zusammengebracht wird und drei, nach Ansicht des betr. Dr. Pfarrers, nicht genug sind. Der Herr Farrer soll deshalb, wie bestimmt behauptet wird, gedroht haben, daß bei allen denjenigen, welche nicht bereitwillig beisteuern, das Sod-

geits- und Trauergefühle unterbleiben wird, daselbe gilt auch bei einem Tausling, der einen eigensinnigen Vater hat. Manche Mutter, die in den schönsten Hoffnungen schwebte, möchte das Bild, das ihr vorgestellt wurde, nicht erleben und wußte ihren Mann zur „freiwilligen Spende“ zu bewegen. Manchem graute es auch vor dem Tode, so ruhig der Ewigkeit übergeben zu werden. So schickte nun der Herr seine Sendboten aus, die gleich nach dem Gottesdienste, während alles noch warm war, die Scherlein zusammentragen sollten. Man brachte schöne Gelder zusammen. Jeder erschrak, wenn er in die Liste schaute, mit welcher Kaltblütigkeit sein Vorgänger in den Beutel griff. So ist es jetzt möglich, daß die Sammlung ausreichen wird.

Auch das große Opfer eines israelitischen Viehhändlers, welcher Herrn Barrer zehn Mark Goldengelb gab, konnte dieser nicht genug beleuchten, wie gut er es meine mit der katholischen Christenheit. Gätte Bestimmung vorausgesehen, daß die Menschheit in dieser kurzen Zeit eine so große Besserung erfährt, so hätte „Nathan der Weise“ noch humaner gesprochen; denn hierin spiegelt die Toleranz.

Die demokratische Partei Badens

hielt am Sonntag in Hornberg eine Landes-Delegierten-Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Landtagsabgeordneter Dr. Heimburger-Karlruhe leitete dieselbe. Die durch ein von ihm gegebenes Epitaph angeknüpfte Aussprache über die „Politische Lage“, insbesondere über die Reichs-Verfassung und den Vorschlag der linksliberalen Parteiverbündelungen ergab eine recht pessimistische Grundstimmung. Die Versammlung einigte sich schließlich geschlossen auf den Standpunkt, die Annahme des Sprachenparagrafen durch die Reichstagsfraktion sei als eine Preisgabe demokratischer Grundsätze zu betrachten und die badische Volkspartei lehne die Verantwortung für diesen Schritt ab. Auf dem Tübingen Gesamtparteitag müsse man Garantien anstreben, daß ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen. Die Frage der linksliberalen Parteiverbündelung gilt der Versammlung noch keineswegs als gereift und soll daher zunächst auf die Erhaltung und den Ausbau der eigenen Parteiorganisation das Augenmerk gerichtet werden. — Hauptlehrer Herz-Mannheim rollte die Volksschul- und Volksschullehrerfrage auf, im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge in der Beamtentommission der zweiten Kammer. Dabei wurde festgestellt, daß die demokratische Partei dort für die unbedingte Aufnahme der Lehrer in den Gehaltsstufen eingetreten sei. — Im weiteren Verlaufe der Beratung gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Deutsche Volkspartei in Baden spricht den um ihr Koalitionsrecht ringenden deutschen Kaufleuten und Technikern ihre herzlichste Sympathie aus. Die badischen Demokraten beurteilen aufs schärfste den Geheimlaß des Bayerischen Metallindustriellenverbandes als ein Attentat gegen die persönliche Freiheit und sprechen die Hoffnung aus, daß die deutschen Privatbeamten den aufgedrungenen Kampf erfolgreich bestehen werden.“

In einer nachmittags abgehaltenen Volksversammlung sprach Landtagsabgeordneter Wenedy über „Volkspartei und badische Politik“. Er proklamierte auf das energischste und unter allseitiger, oft und lebhaft geäußelter Zustimmung, die Größtmöglichkeit gegen die Reaktion auch für die künftigen Landtagswahlen. Professor Hummel sprach über „Die Lage im Reich und die Demokratie“. Die Abneigung der Bevölkerung gegen die Reichspolitik habe eher zugenommen als sich gemindert. Die Aufstellung eines gemeinsamen liberalen Programms für die Parteiverbündelung scheine nach den jetzigen preußischen Wahlen kaum möglich, weil der demokratische Kampf gegen die preußische Reaktion geführt werden muß, und sich die preußischen Freisinnigen trotzdem mit dem konservativen Junkertum verbündeten. Der 2 1/2 Millionen starke Stand der Privatbeamten erfordere ernste Verurteilung und moralische Unterstützung.

Der Bahnhofsneubau in Radolfzell.

Der neue Güterbahnhof, ein Bedürfnis der Zeit, ist fertiggestellt. Allerdings mußten in der letzten Zeit, um die Ueberleitung auf die neuen Gleise zu vollführen, die Arbeiterschaft wie die Leitung sehr in Anspruch genommen werden. Die Stellwerke funktionieren gut, das neue Beamtenschaftsgebäude ist eine Zierde. Es soll nun noch das Stationsgebäude oder auf deutsch der Bahnhof eine Umwandlung erfahren. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, soll das Stationsgebäude nur abgeändert und erweitert werden, was einen Kostenaufwand von 70-80 000 Mark erfordern soll. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß dieser Betrag nicht ausreicht, da das heutige Stationsgebäude, das seinerzeit als Provisorium hergestellt wurde, vollständig defekt ist. Geschäftsleute, welche schon Reparaturen vorgenommen, werden das ohne weiteres bestätigen müssen. Es wird eben hier nicht anders gehen, wie bei allen Umbauten; es kommt manches nach, was man vorher nicht bedacht und nicht gesehen hat. Die Stadt Radolfzell hat heute eine Bedeutung erlangt, wo sich auch der Neubau eines Stationsgebäudes notwendig macht, besonders wenn der Kostenaufwand nicht erheblich mehr ist, als wenn das alte gestrichelt werden soll. Die Regierung und der Landtag mögen sich eingehend mit der Frage beschäftigen und lieber gleich etwas mehr aufwenden und etwas richtig herstellen, als vielleicht in einigen Jahren trotz dieser obigen Ausgabe vor dieselbe Frage gestellt zu werden.

Wir wissen zwar wohl, daß man für das Oberland in Punkt Bahnhofsneubau in Karlsruhe eigene Ansichten hat, so kann eine Bretterbarade, wie sie in Pfalldorf existiert, nicht zum Gespött des badischen Landes bestehen bleiben. Es ist auch notwendig, daß in Radolfzell mehr Platz geschaffen wird. Seit wir die famose Absperzung haben, darf man nicht zu den zwei Zentner schweren Leuten gehören, wenn man ordentlich durchkommen will. Der Platz für das Publikum zwischen Stationsgebäude und Abfertigung ist einfach zu eng für unsern Verkehr. Durch einen Neubau könnte diesem allem abgeholfen werden. Erst wagen, dann wagen, es gilt hier vor allen Dingen nicht am unrechten Ende zu sparen. Man hat in letzter Zeit durch Einführung der Fahrkartensteuer, Abschaffung des Kilometerheftes usw. Fehler gemacht, die im Volke auch als solche empfunden werden und die nicht geeignet sind, das Ansehen der Eisenbahnleitung zu heben. Wir möchten dabei noch erwähnen, daß wir die ganze Bahnanlage am See noch nicht als großen Vorteil für die Stadt Radolfzell ansehen können, denn früher oder später würde die Stadt eine andere Bedeutung und anderes Ansehen bekommen haben, wenn jenes Terrain zu Anlagen usw. benutzt hätte werden können und die Fabriken hätten die Frage betreffs Anschluß an die Bahn viel leichter erledigt als heute, wenn die Linie hinten an der Stadt entlang

gebaut worden wäre. Daran ist allerdings heute nichts mehr zu ändern, aber man sehe sich vor, einen neuen Fehler zu begehen dadurch, daß man nicht, wo fast für dasselbe Geld etwas Neues, Praktisches geschaffen werden könnte.

Kongreß der deutschen Gewerkschaften

Hamburg, 22. Juni. Genosse Legien eröffnete um 10 Uhr den Kongreß, auf dem 324 Delegierte 1 856 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten. Mit Befriedigung konstatiert Redner, daß die Gewerkschaftsbewegung trotz der Widerstände der Regierungen und des Arbeitgeber-tums in langer mühevoller Arbeit sich eine Machtposition errungen habe, die sich Beachtung erzwingen hat. Wenn Deutschland heute auf dem Weltmarkt die dominierende wirtschaftliche Stellung einnimmt, verdankt es dies nicht seinen vielen Kanonen, sondern gütenteils seiner geschulten, zielbewußten, intelligenten Arbeiterkraft. Wir haben die Regierungsvertreter nicht eingeladen, da sie es verschmähten am Seimarbeiterskongreß teilzunehmen. Wir glauben aber, daß wir auch in Abwesenheit der Regierungsvertreter die Interessen der werktätigen Bevölkerung auf dem Kongreß energisch wahrnehmen werden. Die Hamburger Arbeiterkraft hat an der machtvollen Entwicklung der Gewerkschaften hervorragenden Anteil, wofür Redner eine Reihe von Beispielen anführt. Die rund 2 000 000 Organisierten sind wohl zum Bedauern der Regierungen durch einen Federstrich nicht aus der Welt zu schaffen. Man braucht unsere Mitwirkung heute schon, man wird uns schließlich auch anerkennen müssen als gleichberechtigte Faktoren. Genosse Große begrüßt darauf namens der Hamburger Arbeiterkraft, der Waffenschmiede der deutschen Arbeiterkraft, den Kongreß. Zu Vorlesenden werden Bömelburg und Legien gewählt. Die Tagungszeit ist von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr. Bei der Debatte über die Wichtigkeit der Tagesordnungspunkte wird das Thema: Grenzreitigkeiten als Punkt 4, die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland als Punkt 5 eingeschoben.

Die Raiffeiser soll besonders behandelt werden. Genosse Legien ergänzt den gedruckten Bericht. Er sagt, daß die Kölner Beschlüsse betreffs der Genossenschaftsfrage noch nicht erfüllt sind. Bezüglich der angeforderten Resolution des Düsseldorf Genossenschaftstages liegt eine Resolution des Eisenacher Genossenschaftstages vor, über die der Kongreß an einem der nächsten Tage sprechen wird. Der auf dem Verbandstag der Textilarbeiter erwähnte Plan der Schaffung eines gewerkschaftlichen Arbeiterinnenblattes existiert bei der Generalkommission nicht, trotzdem der Gedanke Legien sympathisch sei. Die Legitimationskarte für die ausländischen Arbeiter stempelt diese zu Lohn-drückern. Genosse Kube erstattete den Kasfenbericht, der befriedigt aufgenommen wird. Kube wird Decharge erteilt. Genossin Altman berichtet über das Arbeiterinnensekretariat, das seit 19. Mai 563 Mitteilungsveranstaltungen vermittelt und laufende Mitglieder den Gewerkschaften genommen hat.

Aus der Partei.

Genosse Emil Eichhorn.

der Reichstagsabgeordnete für den 9. bad. Reichstagswahlkreis und Landtagsabgeordnete für Forstheim-Land, hat gestern mit seiner Familie Karlsruhe verlassen und ist nach Berlin über-gesiedelt. Dorselbst übernimmt er, wie schon gemeldet, die Leitung des sozialistischen Nachrichtenbureaus. Emil Eichhorn hat acht Jahre lang in Baden im öffentlichen Leben gewirkt; 1900 trat er in die Redaktion der Mannheimer „Volkstimme“ ein, 1905 übernahm er das Parteisekretariat. Seit 1901 ist er Mitglied des badischen Landtages, seit 1903 vertritt er den 9. Wahlkreis im deutschen Reichstage. Mit großem Eifer hat er sich seiner parlamentarischen Aufgaben angenommen und sich in den beiden gesetzgebenden Körperschaften eine beachtenswerte Reputation geschaffen. Bei wichtigen Bestimmungen wird er auch ferner im badischen Landtag erscheinen.

Zöhligen, 28. Juni. Am Sonntag, 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthaus zum „Röhle“ Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, wozu auch die „Volkst-freund“-Defer freundlichst eingeladen sind. Genossen, erscheint vollzählig in dieser Versammlung.

Badische Chronik.

Bruchsal.

22. Juni. — Eine Herzgeschickte ereignete sich in unserer frommen und getreuen Zentrumsstadt Bruchsal. Vor einigen Tagen starb hier ein Bauersmann. Während seiner Krankheit wurde auch zufälligerweise sein Hof, welches bislang die schwere Arbeit mit ihm teilte, malade und während der Bauer auf der Kobenhafre lag, streckte auch die alte Rosinante alle Tiere aus, um gleich dem Bauer diese kuldliche Welt zu verlassen und in ein besseres Jenseits einzuziehen. Das mußte natürlich auffallen. „Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen!“ tuschelten sich die alten Weiber männlichen und weiblichen Geschlechts in die Ohren und man einigte sich kurz dahin: Der Gaul ist verhezt, von wem, das hatte man bald heraus. Eine Nachbarsfrau nämlich, der — man wie es scheint — nicht recht „über den Weg traut“, brachte einen Kranz in das Totenhaus, und kurz darauf verendete der Gaul. Jetzt gab es natürlich keinen Zweifel mehr — der Gaul war wirklich verhezt und natürlich von der Kranzspen-derin, denn wer soll es sonst gewesen sein, als diejenige, die man sowieso schon im Verdacht hatte. Kurz entschlossen schaffte man sofort den gefährlichen Gegenstand aus dem Hause und hängte ihn der „Gere“, da sie nicht zu Hause war, an die verschlossene Haustüre. Später schob ihn eine andere Frau der „Gere“ zum Fenster hinein. So geschah in Bruchsal im Jahre des Heils 1908 post Christum natum zum Beweis dafür, daß da die Dummheit am größten, wo das Zentrum am stärksten ist.

Ettlingen.

22. Juni. — Herr Bürgermeister Häfner erließ gestern eine öffentliche Erklärung, in der er ausführte, daß er nach fünfjähriger Verwaltung des Bürgermeistertamtes der Stadt Ettlingen mit

dem heutigen Tage definitiv in das Privatleben zurücktritt. Er dankt allen denen, die ihn in seinem Amte unterstützten und be-merkt, daß er aus dem Amte scheidet, um dem Gemeindevorstand die nötigen Frieden zu geben, obwohl es nie in seiner Absicht gelegen, ihn zu stören, wie er auch hoffe, mit seinem Weggange auch seinen persönlichen Frieden wieder zu finden. Die Erklärung schließt: „Mit den aufrichtigsten Wünschen für eine glückliche und friedliche Zukunft unserer guten Heimatstadt Ettlingen und aller ihrer Bürger und Einwohner, meiner Freunde und Gegner, sage ich Euch Allen als Euer bisheriger Bürger-meister ein herzliches Lebewohl!“

Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung kann der Bürgerausschuß für vorzeitiges Niederlegen eines Gemeindevorstandes eine Strafe von 50-200 M. festsetzen. Der Bürgerausschuß be-schloß jedoch einstimmig, den abtretenden Bürgermeister nicht mit Strafe zu belegen. In der Sitzung traten sehr be-merkenswerte Momente zutage, auf welche wir morgen des näheren eingehen werden.

Baden-Baden.

22. Juni. — Zu den Gemeindevorwahlen schreibt uns unser Korre-spondent: Soeben, am Vorabend der Wahl für den Stadtrat, sind die Vorschlagslisten der Bürgervereinigung und der liber-ralen Linken den Stadtverordneten zugestellt worden. Inter-essant für uns Sozialdemokraten ist der liberale Zettel. Er enthält auch einen wackelhaften Zentrumsmann, dagegen keinen Sozialdemokraten, trotz der ursprünglich mit der sozial-demokratischen Partei getroffenen Abmachung, ihr außer drei Stadtverordnetenstellen auch einen Stadtratssitz zu überlassen. So ist dem vorher schon in der liberalen Versetzung verschundenen Genossen wenigstens erspart geblieben, das Schicksal seiner drei mit den Liberalen zusammen in der 8. Wählerklasse durchge-fallenen Genossen zu teilen. Die Liberalen haben das erwähnte Zentrumsmittel der Bürgervereinigung wohl als Gegenrud dafür auf ihren Zettel genommen, daß die Bürgervereinigung unter ihren 9 Kandidaten nicht weniger als 4 Liberale und 1 Freisinnigen aufstellte.

Wie nun auch der Schlußakt der Gemeindevorwahlen ausfallen wird, das eine sieht jetzt schon fest, und stimmt mit unsern Vor-aussagen leider vollständig überein: die beiden großen Par-teien, die sich um die Rathausesseln stritten, teilen sich, wenn auch nicht zu gleichen Teilen herein, die Freisinnigen kommen mit einem blauen Auge — Verlust von 4-5 Stadtverordnetenman-daten — davon. Die Demokraten erhielten nichts und die Sozialdemokraten auch nichts. Da die Vorgänge bei den hiesigen Gemeindevorwahlen nicht nur hiesige, sondern zweifellos auch aus-wärtige Parteigenossen interessieren werden, soll feinerzeit im „Volkstfreund“ eine erschöpfende Darstellung derselben gegeben werden.

Freiburg.

22. Juni. — Zu den Gemeindevorwahlen. Nachdem auch in der ersten Klasse dreizehn Oppositionsmänner gewählt wurden, setzt sich der Bürgerausschuß wie folgt zusammen: Liberale 31, Zentrum 27, Sozialdemokraten 4, Demokraten 1, Bürgervereinigung 33. Wel-chen Einfluß der Wahlausfall auf die Stadtratswahlen aus-üben wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Bis jetzt haben die Nationalliberalen die Stadtratswahlen gemacht, das ist nun endgiltig vorbei. Das Fiasko bei den Wahlen haben die Nationalliberalen neben verschiedenen anderen Dingen in der Hauptsache ihren Stadträten zu verdanken. Die liberale Partei hat es nicht verstanden, diejenigen Herren, die sich beim Publikum mißliebig gemacht hatten, auszuscheiden. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß einzelne der Herren nicht nur die Fühlung mit der Bürgerkraft, sondern auch mit der eigenen Partei verloren haben. Es sind Leute darunter, die sich mehr zu den Konservativen hingezogen fühlen, als zu den Liberalen. Eine Regeneration unseres Stadtrates würde wohl von Nutzen sein.

— Wegen Verkaufs minderwertiger Milch wurde der Milch-händler Josef Deschger in Heimbach vom Bezirksamt unterm 21. April 1908 mit 5 M. oder 1 Tag Haft bestraft.

— Der „junge Waldmichel“ in der Rohnstraße genannt „Freiburger Tagespost“ will gelesen sein und zu diesem Zwecke braucht man Abonnenten. Wir finden dieses ganz natürlich, nur geschieht der Abonnentengang auf einer etwas sonderbaren Art. Nicht genug, daß die Herren Geistlichen, so auch der Herr Par-zer von Gottenheim, sich für den „jungen Michel“ tüchtig ins Zeug legen, auch Briefträger, Metzger und Kaufleute müssen die Werbetrömmel für den „jungen Michel“ rühren. Aber einzig in seiner Art, wie man Abonnenten wirbt, dürfte es der Herr Buchhalter Köpfer in der Sinnerbrauerei machen. Er läßt die Arbeiter ins Bierdepot kommen und sich da von ihnen die Abonnementsquittung unterschreiben. Selbst die Geizer im Kesselhaus werden nicht verschont. Mit der geistigen Qualität muß es doch bei dem „jungen Michel“ schlecht bestellt sein, sonst würde sich das Blott von selbst empfehlen.

Singen.

22. Juni. — Der Verein für Volkserziehung, der von einigen Genossen kürzlich hier ins Leben gerufen wurde, der auch Mitglied des Arbeiterstenographenbundes ist, ist vor allem bestrebt, das geistige Niveau der Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe zu stellen. Er wird, außer dem stenographischen Unterricht, noch andere Lehrstunden einführen und ersuchen wir die hiesige Arbeiter-schaft, recht zahlreich sich daran zu beteiligen. Insbesondere aber gilt das für die jugendlichen Arbeiter, denn dieser Verein soll die Stelle einer Jugendorganisation ersetzen, die durch das schmächtige Vereinsgesetz aufgelöst werden mußte. Denke niemand: „Für mich hat es ja keinen Zweck!“ Die Emanzipationsbewegung des arbeitenden Volkes geht vorwärts und Hand in Hand damit auch die Bildungsbestrebungen. Wie sagte doch unser Liebling: Macht ist Wissen, Wissen ist Macht!

Waldshut.

22. Juni. — Der Ausflug des Arbeitervereins „Eintracht“ am nächsten Sonntag, 28. Juni, ist nun definitiv wie folgt festge-legt: Abfahrt mit der Bahn 5.45 morgens nach Singen a. S., nach Ankunft dorten sofort Luftzug auf den Hohenwiel, halb 11 Uhr vormittags Besichtigung der Maggi-Werke, 12 Uhr Weiterfahrt nach Radolfzell, daselbst Mittagessen im Gasthaus zum „Schwert“. Hierauf Besichtigung der Stadt und von 3 Uhr ab gemüthliche Unterhaltung mit den Radolfzeller Sangesbrüdern

und Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern im schattigen Garten des Gasthauses zum „Schwert“. Rückfahrt mit dem letzten Zug. Wir eruchen nun die aktiven und passiven Mitglieder des Vereins, sowie die hiesigen und auswärtigen Parteigenossen, die sich an dem Ausflug beteiligen wollen, sich bis längstens Donnerstag Abend bei einem Mitgliede des Vereins anzumelden, damit das weitere veranlaßt werden kann. Die Genossen von Adolfszell und Umgebung, insbesondere die Singener, laden wir freundlichst ein, ein paar Stunden die Alltagsorgen abzuschleifen und im Kreise Gleichgesinnter fröhlich zu sein. Also auf am Sonntag nach Adolfszell!

Ein reiselustiges Kölfchen sind die Waldshuter; das beweist der nächste Sonntag. Der „Arbeitergesangsverein“ macht eine eintägige Tour an das schwäbische Meer; dreitägige Touren machen der „Niedertranz“ an den Genfersee, der Gesangsverein „Frohfinn“ an den Vierwaldstättersee und die Stadtmusik besucht die oberbayerischen Seen und Königsschlösser mit dem Endziel Innsbruck. Wir wünschen allen glückliche Reise und frohe Heimkehr. Mögen sich die zahlreichen Strohwitwen trösten mit dem Gedanken, daß man auch in der Ferne für sein gutes Geld gut aufgehoben ist.

Evig bei Bruchsal, 22. Juni. Der Bliz schlug am Sonntag Nacht in das Anwesen der Gebrüder Herlinge. Das Wohnhaus und 2 Scheuern wurden gänzlich eingeeicht. Ein Kalb und ein Schwein verbrannten.

Berghausen, 21. Juni. Am Freitag Mittag ist das 8 Jahre alte Söhnchen des Sägers Burkhard beim Baden in der Pfing ertrunken; die Wiederbelebungsvoruche hatten leider keinen Erfolg. Der schwerbetroffenen Familie wendet man allgemeine Teilnahme zu. Es wäre im Interesse der Allgemeinheit, wenn man endlich einen geeigneten Badeplatz errichten würde.

Oberasbach, 22. Juni. Der Automobilverkehr zwischen hier und Achern mußte wegen Unrentabilität eingestellt werden.

Rheinfelden, 22. Juni. Im benachbarten Warmbach erkrankt gestern Abend ein neunjähriger Knabe, der mit seinem älteren Bruder am Rhein fischte. Ohne daß es sein Bruder sofort beobachtete, glitt der Knabe aus und verschwand in den Fluten, ohne wieder zum Vorschein zu kommen. Vor einigen Jahren hat die Familie sich auf gleiche Weise ein dreijähriges Knäblein verloren.

Sornberg, 21. Juni. Der Messerheld, der, wie berichtet, kürzlich die blutige Tat an dem Weber Josef Heilmann auf der Gutacher Straße beging, ist der Tagelöhner Chr. Weber von Hagsfeld. Derselbe soll schon vier Jahre Zuchthaus hinter sich haben. Als er am Montag durch die Gendarmerie seinem Opfer gegenübergestellt wurde, unternahm er einen Angriff auf die Gendarmerie, indem er ein zufällig daliegenes Messer ergriff, und den einen der Gendarmen niederzustechen versuchte. Durch das schnelle Eingreifen des anderen Gendarmen wurde das Unglück verhütet. Der Unmensche wurde nach genauer Feststellung des Tatbestandes in das Amtsgefängnis nach Wolfach verbracht.

Schwenningen (Amt Meßkirch), 22. Juni. Ein lustiger Wibereruf wurde am 20. d. M. durch die Ortschelle hier bekannt gemacht. Derselbe lautete:

„Ich Unterzeichnete nehme die gegen Herrn Pfarrer gemachten Behauptungen, es seien abends 9 Uhr noch Menschen aus dem Pfarrhaus gekommen, als unwahr zurück.“

Kläger: Karl Schnurr, Pfarrverweser.
Beklagter: Johann Straub, Tagelöhner.

Adolfszell, 21. Juni. Was Apotheken kosten, kann man an dem Verkauf der hiesigen Apotheke sehen. Der seitiger Besitzer erwarb dieselbe vor 3 Jahren um 215 000 M. und verkaufte sie jetzt um 285 000 M., verdiente also allein am Verkauf in 3 Jahren die Kleinigkeit von 70 000 M. — heißt ein Geschäft. Diese Apotheke ist die einzige am Platz. Die Einwohner sind aber der Meinung, daß eine zweite Apotheke hier sehr notwendig wäre, da ein großer Kreis von Ortschaften in Betracht kommt, die ihre Arzneien von hier beziehen müssen.

Es ist nun selbstverständlich, daß ein solch großes Anlagekapital auch vergütet werden muß und es ist begreiflich, warum die Medikamente so teuer sind. Wären es Luxusartikel, hätten wir nichts dagegen einzumenden, so sind es aber die Armeisten der Armen, welche die „Apothekerpreise“ bezahlen müssen für die vom Arzt verschriebenen Mittel. Welch ungeheures Elend durch Krankheiten entsteht, braucht nicht erst gesagt zu werden. Armeere Familien haben oft jahrelang zu tun, bis sie sich von dem durch Krankheit eingetragenen Notstand wieder erholt haben. Es ist auch die Erregung in Arbeiterkreisen verständlich, wenn arme Leute — wie es hier vorgekommen sein soll — ohne Geld Medizin holen wollten, erst nach Hause geschickt wurden, solches zu holen. Soll vielleicht ein armer Kranter, einer Mutter oder ein Kind deswegen die erhoffte Linderung ihrer Leiden später erhalten, weil im Moment kein Geld vorhanden ist, um die über Gebühr teure Medizin gleich bar bezahlen zu können?

Es wird eine bald nicht mehr zu umgehende Frage sein, das Ärzte- und Apothekermessen zu verstaatlichen; es ist dies eine alte sozialdemokratische Forderung. Aber wie manche sozialdemokratische Forderung mußte von den bürgerlichen Parteien schon abgelehnt werden, die vor 10—20 Jahren noch beachtet wurde. So wird es auch mit dieser Forderung gehen. Das Volk möge aber solchen Dingen seine Aufmerksamkeit schenken und daraus lernen, wie verberblich die kapitalistische Gesellschaftsordnung für die große Masse der Nichtbesitzenden ist. Durch entsprechende Handhabung des Wahlzettels kann diesen Dingen am besten gesteuert werden.

Mannheim, 22. Juni. Die Leiche des am 18. ds. Mts. beim Baden im Rhein bei Redarau ertrunkenen 20 Jahre alten Kaufmanns Friedrich D a u t h von Redarau wurde in der Nähe des Jagen. Birkenhäuschens an der Stephanienspromenade gelandet und in die Leichenhalle nach Redarau verbracht. Am 20. ds. Mts. hat sich ein 45 Jahre alter, verheirateter Eisenarbeiter von hier infolge eines schweren Magenleidens in seiner Wohnung erschossen.

Gewerkschaftliches.

Stappetrock, 20. Juni. Am 10. Juni fanden abermals Unterhandlungen zwischen den Steinarbeitern und den Unternehmern statt. Durch die sehr verständnisvolle Leitung des Gauleiters Braun kam es zu einer Verständigung mit den Unternehmern und der Kommission der Arbeitnehmer und wurde ein Tarifvertrag zugunsten der Arbeiter abgeschlossen. Es wurde ein Stundenlohn von 55—65 Pf. festgesetzt. Die Kollegen der

hiesigen Gegend können fürs erstmal mit diesem Erfolg zufrieden sein. Die Unternehmer sind aber auch zur besseren Einsicht gekommen und haben mit den Arbeitern Frieden geschlossen. Durch die gute Organisation ist es am Fuße des Schwarzwaldes endlich einmal zu einem geregelten Lohnsystem gekommen. Es ist jetzt für jeden unorganisierten Kollegen Pflicht, dem Verbands beizutreten; dies gilt besonders für die einheimischen Steinarbeiter, die bis jetzt der Organisation noch fern stehen. Es ist zu bedauern, daß sich die einheimischen Steinarbeiter mit den Gedanken herumtragen, sie brauchen sich nicht zu organisieren, weil sie nicht in die Fremde gehen und die Fremden, welche hier sind, sollen machen, was sie wollen; wenn sie was erobert mit der Organisation, dann ist es recht und sie können es nachher doch auch einstecken und brauchen nichts in den Verband zu zahlen. Das ist nicht ehrenvoll und kollegial gedacht. Die Arbeiter sollten sich sagen: Die Organisation kämpft für uns, folglich müssen wir auch die Organisation unterstützen.

Solche Arbeiter sind nämlich bei der Firma G. Burger hier beschäftigt. Wenn ein organisierter Kollege dort arbeitet, so wird er von den einheimischen, unorganisierten Steinarbeitern weggedrückt, so daß er sich anderweitig Arbeit suchen muß. Auch ein großer Haufen der Organisation ist Herr Müller in Seebach, welcher während der letzten Lohnbewegung gemaltig aufgepaßt hat, daß ihm kein organisierter Arbeiter unter seine Steinarbeiter hineinkommt. Wenn ein Arbeiter kommt und Herr Müller weiß, daß er organisiert ist, so muß er Pfastersteine machen, wenn er es gleich nicht kann, weil die Pfastersteinarbeiter alle organisiert sind. Auch läßt Herr Müller alle Sonntage arbeiten. Es wäre schon lange Pflicht der hiesigen Gendarmerie gewesen, dort einmal Umschau zu halten, indem sie schon einmal davon verständigt worden ist. Aber Herr Müller ist ein großer Betriebsinhaber, dem darf man ja nicht zu nahe treten. Das sollte aber nicht sein. Die Behörde sollte keinen Unterschied machen, denn die Sonntagsruhe gilt für alle Betriebe.

Schopfheim, 20. Juni. Das hiesige Tonwerk A.G. ist nicht zum erstenmal Gegenstand öffentlicher Kritik. Da aber dort die Zustände eher schlechtere als bessere werden, sehen wir uns wiederum veranlaßt, an die Öffentlichkeit heranzutreten.

In obigem Betrieb, wo jetzt alles wieder in vollem Gange ist, sind die Arbeiter gezwungen, ihre Kleider im Staub und Schmutz aufzubewahren, von einem Ankleideraum oder etwas ähnlichem keine Spur; Waschgelegenheit ist ebenfalls nicht vorhanden und in einer Ziegelei, wo die Arbeit nicht zu den saubersten gehört, wäre dies gewiß ein gerechtes Verlangen. So besteht hier die Waschgelegenheit in einem Dreifüßler. Auch Trinkwasser ist keines vorhanden. Bei einer so staubigen Arbeit und schließlich noch am Brennofen, dürfte dies auch gefordert werden, insbesondere, wo es noch ohne besondere Kosten gemacht werden kann. Die Fabrikinspektion oder das hiesige Bezirksamt wird sich wohl einmal die Mühe nehmen müssen, dorthin nachzugehen. Wir fordern feinerzeit die Fabrikinspektion auf, die Spinnerer, Gottschall u. Maier zu revidieren, das ist gefordert. Die Fabrikleitung war über die damals prompt erfolgte Revision und die erhaltenen Auflagen nicht besonders erbauet. Dafür sind aber die Arbeiter dankbar, daß die Fabrikinspektion die Notwendigkeit der Revision anerkannt hat. Auch in den Wiesentäler Tonwerken dürfte eine Revision gerade so notwendig sein.

Ein weiterer Mibstand ist, daß dorten Ueberstunden und Sonntagsarbeit geradezu zu einem Unfug auswachsen. Jede Woche wird 2—3mal bis nachts 11 Uhr und später gearbeitet, Samstags regelmäßig; dabei beginnt am Sonntag früh oft um 4 Uhr schon die Arbeit wieder und dauert manchmal bis mittags 1 Uhr. Man fragt unwillkürlich: Gibt es für diesen Betrieb keine gesetzlichen Bestimmungen? Ein Bedürfnis für die amtliche Genehmigung von Ueberstunden liegt nicht vor, denn durch Einstellung von weiteren Arbeitskräften würden Ueberstunden und Sonntagsarbeit überflüssig. Allerdings muß die Betriebsleitung sich einmal herbeilassen, höherer Stundenlohn als bisher zu zahlen, dann wird es auch möglich sein, die Arbeiter, die dort wie in einem Taubenschlag aus- und eingehen, besser zu halten. Auch wird sich die Rentabilität des Betriebs bei eingearbeitetem und geschultem Personal, selbst bei bedeutend höheren Löhnen, entscheiden lassen. Vielleicht nehmen sich die Herren Aktionäre einmal etwas Zeit und beschäftigen sich mit dieser Frage.

Wir erfahren außerdem, daß sogar ab und zu minderjährige, d. h. schulpflichtige Knaben, im Betriebe verwendet werden, welche die Badsteine, welche zusammenleben, loslösen müssen; für diese zwar leichte Arbeit werden per 1000 Stück 15 Pf. bezahlt. Die Arbeit wird aber auf Krodengeristen, die 2 bis 3 und 4 Meter hoch sind, vorgenommen, und führt einmal so ein Kind ab, was ja leicht möglich ist, wer kommt dafür? Wo bleibt da unser Kinderdick? Wir erwarten, daß der Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften genügt wird, andernfalls wir einen anderen Weg einschlagen werden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 23. Juni.

Waldfest des sozialdemokratischen Vereins.

Am kommenden Sonntag, 28. Juni, hält der sozialdemokratische Verein ein großes Waldfest an der Schiefmauer-Allee in Hardtwald ab. Wir eruchen die Parteigenossen, sich mit ihren Angehörigen zahlreich einzufinden. Die großen Erfolge, die unsere Partei bei den letzten Wahlen erzielt hat, möge alle veranlassen, recht zahlreich zu erscheinen.

Straßenbahnfreikarten für Stadtverordnete.

Das Stadtverordnetenkollegium in Frankfurt a. M. beantragte seinerzeit beim Magistrat, Tramwayfreikarten für die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder einzuführen. Der Magistrat hat nun dem Antrag zugestimmt. Vom 1. Juli ab bekommen die Stadtväter Tramwayfreikarten.

In Mannheim wurde am 8. April ds. Js., anlässlich der Beratung des städtischen Voranschlags der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Gewährung von Straßenbahnfreikarten an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

In Karlsruhe hat man noch nicht einmal gewagt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Olga Molitor-Prozesse.

Heute Nachmittag 4 Uhr wird vor dem hiesigen Schöffengericht die Klage des Frl. Olga Molitor gegen Karl Wahmann verhandelt.

Am Donnerstag beginnt der Prozeß gegen den Theaterdramatiker Lindau von Berlin, der in der Wiener „Neuen Freien Presse“ einige Feuilletons über Olga Molitor veröffentlicht hatte.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Am Dienstag, 23. d. M., abends halb 9 Uhr wird im Gemeindehaus der Weststadt, Blücherstraße 20, Herr Oberregierungsrat Dr. Lange über: „Die Säuglingssterblichkeit, deren Ursachen und Bekämpfung im Lichte der Statistik“ sprechen. Der Referent, der über diesen Gegenstand bereits auf dem internationalen Hygiene-Kongress in Berlin im vergangenen Herbst einen Vortrag gehalten hat, ist eine erste Autorität auf dem zur Verhandlung stehenden Gebiet, so daß sich zu dieser Veranstaltung gewiß ein zahlreiches Publikum einfinden wird. Der Eintritt ist frei. Gäste, auch Damen, willkommen.

Ein wunder Punkt.

Ein abstinenter Parteigenosse schreibt uns: Trotz der fortwährenden Aufklärungsarbeit über die Schädlichkeit des Alkohols kann man noch sehr häufig und besonders bei Arbeiterfesten die Beobachtung machen, daß Eltern ihren Kindern Alkohol verabreichen. Wenn sich diese Eltern bewußt wären, daß sie damit an ihren Kindern ein Verbrechen begehen, würde ihnen wohl die Schamröte ins Gesicht steigen. Die Klagen der Lehrer, daß solche Kinder, die öfter Alkohol erhalten, im Unterricht geistig träge und schläfrig sind, ist solchen Eltern wohl nicht bekannt. Der Alkohol hemmt aber auch die körperliche Entwicklung und wirkt verrohend auf das Gemüt des Kindes. Ganz abgesehen davon, daß solche Kinder infolge der leichten Alkoholgehörigkeit später einmal der Trunksucht verfallen können und dann keine nützlichen Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden. Nun soll zugegeben werden, daß manche Eltern die hohen Ausgaben für alkoholfreie Getränke scheuen.

Obwohl dieser Standpunkt verkehrt ist, muß doch einmal gesagt werden, daß die Gastwirte mit den alkoholfreien Getränken geradezu Wucher treiben. So kostete z. B. beim Gewerkschaftsfest im „Röhlen Krug“ ¼ Liter Milch 20 Pf., im Handel kostet der Liter nur 20—22 Pf. Dann kostet gewöhnlich eine Limonade 20 Pf. und ein Sodawasser 15 Pf., obwohl der Herstellungspreis für diese Getränke ein sehr niedriger ist. Die jeweiligen Festkommissionen erkundigen sich oft sehr anlegenentlich nach dem Bierpreis, könnten sie dies nicht auch bei alkoholfreien Getränken tun? Durch den hohen Preis und oft auch durch gänzlich fehlende alkoholfreie Getränke üben die Wirte gewissermaßen Terrorismus auf die Gäste aus, nur Bier zu trinken. Es ist dies für den Wirt am bequemsten und seine anspruchlosen Gäste lassen sich schweigend ihren Schoppen hinstellen. Wenn die Gäste einmal in größerer Anzahl, und wenn auch nur für ihre mitgebrachten Kinder, geeignete alkoholfreie Getränke verlangten, dann würde den Wirten bald klar werden, daß die Gäste nicht des Birtes wegen, sondern der Wirt der Gäste wegen da ist. Die Hauptschuld, daß die Gastwirte so schwer zu Reformen zu bewegen sind, liegt, wie gesagt, an der Anpruchslosigkeit seiner Gäste und sowohl Anpruchslosigkeit als auch Kindererziehung mit Alkohol sollten wenigstens bei Sozialdemokraten nicht zu finden sein.

Die hiesige Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten veranstaltet am Mittwoch, den 24. d. M., abends 9 Uhr im Schremp-Saal 3 eine öffentliche Versammlung, um gegen den Beschluß des Vorstandes des Verbandes der bayerischen Metallindustriellen Stellung zu nehmen. Wir machen auch an dieser Stelle gerne auf diese Veranstaltung aufmerksam.

* Karierter Pferde. Wie aus Paris gemeldet wird, soll man dort seit einigen Wochen vereinzelte Pferde sehen können, an denen man das Experiment des schachbrettartigen Scherens unternommen hat. Es sei in Paris einem Armeebefehle zufolge zuerst versuchsweise das Scheren in der vorgeschriebenen Art vorgenommen. Den Besuchern des Zirkus Sarrafani, der nur ganz kurze Zeit hier seine Vorstellungen gibt, werden einige der verschiedenen vorgeführten raffigen Pferde aufgefallen sein, die auf der Kruppe und Hinterhand eine schachbrettartige Zeichnung aufweisen. Diese Zeichnung besteht aber nicht, wie die Pariser Meldung irrtümlich behauptet, durch Scherung, sondern durch ein eigenartiges Können des Paars. Die schachbrettartige Zeichnung gereicht den Tieren gewissermaßen zum Schmuck, und sie wird wohl ebenso wie das Stutzen des Schwanzes und der Mähne nichts anderes als Modesache sein. — Auch diese Woche finden wieder die öffentlichen Proben im Zirkus Sarrafani statt, welche an allen Tagen außer Mittwoch, Samstag und Sonntag für das geringe Eintrittsgeld von 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. von Erwachsenen zum Besuch zu empfehlen sind. Wir machen an dieser Stelle gleichzeitig darauf aufmerksam, daß morgen, Mittwoch, am 24. Juni zwei große Gala-Vorstellungen, mit exquisitem Programm, beginnend nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, stattfinden. In der Nachmittagsvorstellung zahlen Kinder unter vierzehn Jahren und Militär bis zum Feldwebel halbe Preise.

* Beim Kummelblättspiel. Verhaftet wurden ein 65 Jahre alter Stuhlmacher aus Gichtersheim und seine beiden Söhne, 35 und 26 Jahre alt, weil sie einem Reisenden in einer Wirtshaus in der Kreuzstraße durch Kummelblättspiel 121 M. abschwindelten.

* Der ruhestörende Neger. Verhaftet wurde ein 26 Jahre alter Zirkusdiener, Neger aus Britisch-Westafrika, wegen Ruhestörung, Beleidigung und Widerstand.

Neues vom Tage.

Großer Brand in Tirol.

Junnsbrud, 22. Juni. In der Ortschaft Zirl sind 50 Wohnhäuser niedergebrannt. Eine Person ist verbrannt, mehrere schwer verletzt.

Infolge des herrschenden Ostwindes war das Feuer in wenigen Augenblicken über den ganzen Ort verbreitet. Bis zum Abend waren 164 Häuser und Wirtschaftsgebäude niedergelegt. 1400 Bewohner des Dorfes sind obdachlos. Zwei Greise verbrannten, mehrere Personen werden vermisst, 12 erlitten schwere Brandwunden. Von Junnsbrud wurde Militär zur Hilfeleistung gesandt. Der große Fuhrwerksverkehr mit Bayern über den

Seite 6.
Zirler
terbroch
Leh
ums Leh
Die Ein
Sicherhe
auf. Der
Militär
aus 14
an Beu
Paragra
säuglich
Anführe
und 10
Mü
ereignet
Simon
auf sein
Nachbar
Schuß a
Die Fra
rainspit
leute Se
Leh
borene
Großste
gefallen
wurde a
und dan
in Stell
Kön
bei Zbar
übel zug
die beid
Ber
Schwarz
Schwarz
jede Sch
Pest
eine 30
Riebhab
haffet un
Kati
Polizei
Männer
linien k
reisen.
Bar
d r a m a
Moulin
Frau m
hatte un
lauerte c
auf und

Zirler Berg ist infolge der Zerstörung der Schloßbachbrücke unterbrochen. Der Brand wurde durch spielende Kinder verursacht.

Letzte Nachricht: Während der Feuersbrunst sind 6 Menschen ums Leben gekommen. Mehrere Personen werden noch vermisst. Die Einwohner konnten nicht das geringste von ihrer Habe in Sicherheit bringen. Aus den Trümmern steigt noch immer Rauch auf. Der größte Teil des Viehes ist umgekommen. Ein Bataillon Militär ist eingetroffen.

§ 175.

Stuttgart, 21. Juni. Die Strafkammer verurteilte eine aus 14 Personen bestehende Erpresserbande, welche seit Monaten an Beamten und Bürgern schwere Erpressungen im Sinne des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches begangen hatten, zu Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren und Ehrverlust. Zwei Anführer der Erpresserbande erhielten drei Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust.

Mühlhausen i. G., 22. Juni. Ein fürchterliches Familiendrama ereignete sich am Sonntag hier. Der 59jährige Invalide Josef Simon gab nach vorausgegangenem Streite vier Revolverkugeln auf seine Frau ab, wodurch diese tödlich verletzt wurde. Als die Nachbarn in die Wohnung einbrachen, gab der Mann einen Schuß auf sich selber ab, durch den er sofort getötet wurde. Die Frau starb bereits ein Stunde später als sie in das Kaiserin-Krankenhaus eingebracht wurde. Seit Jahren schon lebten die Eheleute Simon im Zwist.

Leipzig, 22. Juni. Die am 31. Dezember 1879 hier geborene und bei ihren Eltern wohnende Martha Conrad ist auf Großsteinberg bei Grimma einem Lustwand zum Opfer gefallen. Das Mädchen wollte in Klinga einen Besuch abtun, wurde aber auf dem Wege dahin auf freiem Felde geschändet und dann erzwängt. Die Conrad war hier in einem Puhgeschäft in Stellung. Der Täter ist leider nicht ermittelt.

Königsbrunn, 22. Juni. Die drei Brüder Moznid wurden bei Idawische von Dorfwehmern überfallen und mit Messern übel zugerichtet. Einer der Ueberfallenen ist bereits gestorben, die beiden anderen sind tödlich verletzt.

Berlin, 22. Juni. Heute Vormittag begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den Förstersohn Willi Schwarzenstein wegen Vatersmordes. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld.

Posen, 22. Juni. Im Dorfe Jernid, Kreis Jaroschin, ließ eine 30jährige Wirtin ihren 60jährigen Mann durch ihren Liebhaber und dessen Freund erwürgen. Alle drei wurden verhaftet und haben, wie verlautet, den Mord bereits eingestanden.

Kattowitz, 22. Juni. In der vorletzten Nacht wurden von der Polizei auf dem hiesigen Bahnhofe vier Mädchenhändler, drei Männer und eine Frau, verhaftet, die über Hamburg von Argentinien kamen und im Begriffe standen, nach Rußland abzureisen.

Paris, 22. Juni. Ein blutiges Eifersuchtsdrama spielte sich gestern in der Nähe des Konzertlokals Moulin rouge ab. Ein Italiener aus Corsica, dessen junge Frau mit einem Impresario ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte und auf dessen Zureden als Konzertsängerin auftrat, lauerte gestern nach der Nachmittagsvorstellung dem Liebespaar auf und jagte dem Liebhaber eine Kugel in den Rücken, so daß

dieser sofort tot zusammenbrach. Nur mit Mühe konnte die Polizei den Täter vor der Volkswut schützen.

Paris, 22. Juni. Im Minendistrikt von Saint-Etienne sind 8 Bergarbeiter durch schlagende Wetter getötet worden. Die Arbeiter, die mit der Löschung des Brandes beschäftigt waren, sollen, weil es sie froz, die Öffnung eines Ventilationsrohres verstopft haben und an Kohlenoxyd erstickt sein.

Das Sektgelage auf dem Kirchturm. Zu dem Erzeß, den drei Offiziere auf dem Turm der Johanneskirche in Jittau verübten, wird folgendes gemeldet: Der Vorfall, in dessen Mittelpunkt drei Offiziere des Jittauer Infanterieregiments standen, erregt in Jittau das peinlichste Aufsehen. In „animierter Stimmung“ bestiegen die drei Offiziere den Turm. Sie nahmen eine Flasche Sekt mit und ließen sich eine zweite von dem Kellner nachbringen. Einer der Offiziere entledigte sich oben seines Rockes und versuchte, über das Sicherheitsgelenk des Turmes zu klettern, während seine Kameraden dieses Bagais zu verhindern suchten. Unten am Fuße des Turmes entstand ein großer Menschenauflauf. Die Situation verschärfte sich, als einer der Offiziere eine leere Sektflasche aus der Höhe auf die Straße warf. Bald folgte der Flasche ein Sektglas, Flasche und Kellch gingen in tausend Stücke. Glücklicherweise wurde von den Scherben niemand getroffen, aber des nach Tausenden zählenden Publikums bemächtigte sich große Entrüstung. Man rief nach der Polizei, und schließlich begab sich ein Polizeibeamter auf den Turm. Er warnte die Offiziere und kam dann zurück. Trotz eines schweren Gewitters harzte das Publikum unten auf der Straße aus, mehrere Schulkinder machten vergebens Versuch, die Straße zu säubern. Man wollte die Offiziere veranlassen, den Turm der Kirche zu verlassen, um sie unten zur Rechenschaft zu ziehen. Die drei Offiziere blieben aber oben, und erst nach vierstündiger Belagerung verließen sie den Turm. Gegen 10 Uhr abends langten sie wieder unten an, wo sie mit lautem Johlen und Geschrei empfangen wurden. Die Offiziere begaben sich in das Weinrestaurant zurück. Dann erst trat Ruhe ein. Die Militärverwaltung hat sofort eine strenge Untersuchung des Vorfalles angeordnet.

Letzte Post.

Der Proporz bei den bayerischen Gemeindevahlen akzeptiert.

München, 22. Juni. Der Gemeindeporz wurde heute im bayerischen Landtage in namentlicher Abstimmung mit 113 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der Erlaß der Metall-Industriellen in der bayerischen Kammer.

Bei der Interpellation über den Erlaß der Metall-Industriellen erklärte Ministerpräsident v. Bodewils im bayerischen Landtage, daß dieser Erlaß sehr bedauerlich sei. Es schwebten übrigens Verhandlungen, um das Verhalten zwischen Industriellen und ihren Technikern und Kaufleuten wieder friedlich zu gestalten.

Die drahtlose Telegraphie wird am 1. Juli in die amtliche Telegraphie des deutschen Reiches aufgenommen. Staatssekretär Kräfte hat jetzt eine entsprechende Aenderung der Telegraphen-Ordnung

auf Grund des internationalen Berliner Vertrages vom 3. November 1906 erlassen.

Frauenwahlrecht in England.

London, 22. Juni. Eine große Demonstration der Frauenrechtlerinnen fand unter Unterstützung der unabhängigen Arbeiterpartei statt. Im Hyde Park versammelten sich gegen 300 000 Menschen. Von 20 Tribünen wurde gesprochen. Schließlich wurde eine Resolution zugunsten des Frauenstimmrechts angenommen. Die Demonstration verlief in aller Ordnung.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Zither-Verein.) Probe halb 9 Uhr im Restaurant „Alpenhorn“, Wilhelmstraße 69. 2961
Freiheit Offenburg. Dienstag, 23. Juni, Männerchorprobe. Pünktliches Erscheinen wird verlangt. 2885

Briefkasten der Redaktion.

Anfrage des Wahlvereins Gaggenau: Wer von den Genossen könnte uns die Adresse eines Geschäftes mitteilen, in welchem eine Karl Marx-Büste zu haben wäre? Baldige Beantwortung wäre erwünscht an Gg. Danner, Gaggenau, Gasthaus „Hirsch“.

F. D. Im Falle Dr. Köhler tritt die alte Erfahrung zu Tage, daß die Kritik und ihre Objekte nicht auf dem besten Fuße stehen. Man sieht wohl ein öffentliches Lob ein, wird man aber getadelt, dann verstehen die Kerle nichts. Dieses Verhältnis gilt aber nicht nur für das Theater.

A. G. Nichts neues; in voriger Woche wurde dem Publikum im Karlsruher Bahnhof der Aufenthalt im Wartesaal 2. Klasse in schroffster Form verboten, falls es nicht im Besitz einer Fahrkarte 2. Klasse, sondern nur 3. Klasse war. Nächstens werden preussische Schulkinder dortselbst postiert.

R. L. Das stimmt nicht ganz; bei der Stadtratswahl waren wahlberechtigt 124, abgestimmt haben 113. Bei den Wahlen zum geschäftsleitenden Vorstand stimmen selbstverständlich nur die 96 Bürgerauschussmitglieder ab; diese waren nicht sämtlich anwesend. In Wirklichkeit haben nur 87 abgestimmt.

J. R. Palmbach. Arbeitersekretär Wittl ist in Durlach gewöhnlich am Mittwoch Abend zu sprechen.

Börsch. Mühlburg gehört seit 1885 zu Karlsruhe.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

J. R., Schopfheim. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. 4. Diese und die folgenden Fragen können wir nicht beantworten, da Sie offenbar den Zweck haben, zu erfahren, wie ein Vater sich seinen Verpflichtungen gegenüber einem unehelich geborenen Kinde entschlagen kann. Solche Auskünfte aber erteilen wir grundsätzlich nicht.

J. B. L. Bruchsal. Wenn nicht eine absichtliche oder grob fahrlässige Beschädigung vorliegt, sondern nur eine Abnutzung durch den Gebrauch haben Sie sich um das Weiseln der Küche nicht zu bekümmern. Die Instandhaltung der Wohnung ist Sache des Vermieters, sofern letzterer nicht durch Vertrag diese Verpflichtung auf den Mieter abgewälzt hat, was ja bei Ihnen nicht der Fall ist.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 2.98, gest. 16 cm, Rehl 3.06, gest. 1 cm Maxau 4.76, gest. 3 cm, Mannheim 4.26, gest. 2 cm.

Der Unterricht **Lehranstalten** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den **Selbstunterrichtswerken** Methode Rastin: Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh. Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs-schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

Bonnese & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Kochherd-Abschlag.
Niederlage
der
Ersten Rastatter Herdfabrik.
Weiß- und Raffatter Emailherde.
Interessenten wollen meine **Kochherd-Ausstellung** in der Lorenzstraße besichtigen. — An jedem Herd ist der Preis zu sehen.
Große Auswahl sämtlicher Haus- u. Küchengeräte.
Aluminium-, sowie d. berühmte Rodmos-Email-Geschirre
Dr. Schmid's Glühströmpfe
Auf sämtliche Artikel Rabattmarken. — Bei ganzen Ausstattungen Vorzugspreise. Nur beim
Herd- und Eisen-Blum
49 Schützenstraße 49. 1011

Achtung! Rollen-Umzüge
übernimmt zu billigstem Preise
Karl Kreis jr.
2852 Morgenstr. 22.
Wegen Umzug
billig zu verkaufen: Taschen- und Stoffdivan, Ottoman und Matratze bei
Ernst Ochner,
Tapezier,
Schützenstraße 46.
Sofienstr. 26, 4. St., ist ein gut möbliertes Zimmer zu vermieten.

Abichlag!
Ia.
Salatöl
Liter von 80 Pf. an empfohlen
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
— Telefon 460 —
in den bekannten Verkaufsstellen.

Zu verkaufen
wegen Umzug ein vollst. Bett und ein einst. Kasten für 25 Mark zusammen. 2864
Amalienstr. 20, 2. St., Vorderb.
Werderplatz 42, 4. St., ist ein schön möbl. Zimmer an soliden Arbeiter per sofort oder 1. Juli zu vermieten.

Saften, langanhaltenden Schnitt
garantiert meine Spezialmarke
Hummel-Rasiermesser
in allen Breiten vorrätig!
Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältig fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.
Karl Hummel, Werderstr. 13.
Dampfbettfedernreinigung
Karlsruhe-Mühlburg.
Sorgfältige fachmännische Behandlung jedes Auftrages, daher höchster von keiner Seite erreichter Reinigungseffekt.
Absolute Garantie für Gewicht und Qualität des Federmaterials.
Abholung und Rücklieferung kostenlos Wohnung. 2069
Wilhelm Ruf Tapezier- u. Bettengeschäft,
Sebanstr. 6, Haltepl. d. Straßenbahn.

Kaiserpanorama (Kaiserpassage 38).
Neu aufgenommen! Sehr schön!
Ausgestellt vom 22.—28. Juni incl.
Brasilien.
Diese neue Serie ist hochinteressant!
Wegen Ladenumbau
gebe ich sämtliche neuesten
Herren- und Knaben-Kleider
zu staunend billigen Preisen ab und gewähre trotzdem noch
Doppelte Rabattmarken.
Leonh. Gretz Marienstr. 27

Gehrock-Anzug
sowie ein Saffo-Anzug, sehr gut erhalten, für starken Herrn passend, auch einige Juppen, billig zu verkaufen. 2259
Wielandstr. 10, 2. St. I.
Zu verkaufen.
Schöne Tische, Stühle, Schränke, Bettstellen hat ein Schreinermeister wegen Aufgabe des Lagers sehr billig zu verkaufen. Jähringerstraße 37, von 5—7 Uhr abends. 2857
Zu verkaufen:
Sehr gut erhaltenes, vollständiges Bett mit steil. Polstermatratze, gutes Federbett 36 W., fast neue Waschkommode 10 W., Spiegel 3 W., vollständiges, eisernes Kinderbett 18 W. Uhlandstr. 22, part.

Die öffentlichen Lesehallen des Vereins Volksbildung
sind unentgeltlich geöffnet in der
Schützenstr. 35 12—2 und 6—10 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr.
30 Zeitungen und 70 Zeitschriften liegen auf.
Jähringerstraße 100 10—10 Uhr Werktags, 10—12 und 7—9 Uhr Sonntags. Auflegend 50 Zeitungen und 70 Zeitschriften.

Sumboldstr. 6, 2. St. r.
ist ein gut möbl. Zimmer sofort oder später billig zu vermieten. 2812
Quisenstr. 38 ist ein möbl. Zimmer, sowie eine unmöblierte Mansarde zu vermieten. In erf. in d. Wirtschaft a. „Barbarossa“.
Waschtisch gebraucht, billig zu verk. Marienstr. 1a, 2. St. rechts.
Gasherd, zweiflammig, geblüht, sehr billig zu verkaufen.
Gottesackerstr. 16, 4. St.
Ein mod. Damen-Sommerhut sowie eine elegante Bluse billig zu verkaufen.
Kapellenstr. 10, 2. St. r.
Verlaufen hat sich ein silbergrauer Dachshund. Abzugeben Werderplatz 43, 2. St.

Schmerzloses Zahnziehen garantiert

Warum sind die Zähne so teuer?

Besonders durch den geringen Umsatz! Mein Prinzip ist: „Grosser Umsatz, kleiner Nutzen“. Durch grosse Abschlässe bin ich im Stande, auch Unbemittelten den Genuss eines künstlichen Zahnersatzes bieten zu können und berechne ich folgende billige Preise und bemerke ausdrücklich, dass jede Garantie für schonend schmerzlose Behandlung, für Brauchbarkeit beim Essen, für absolutes Festsitzen im Munde und naturgetreues Aussehen der von mir angefertigten künstlichen Gebisse gegeben wird, und verpflichte mich, jedem Patienten den

vollen Betrag sofort zurückzuzahlen

wenn diese Offerte nur eine Reklame ist, oder der betreffende Patient auch bei mir keine Hilfe fand.

Künstliche Zähne von 2 Mk. an.

Weitere Nebenkosten für schonendste Behandlung u. vollständige Fertigstellung des Gebisses entstehen nicht!

Ganze Gebisse (28 Zähne) von 50 Mk. an.

Handwerker- und Bürgerfamilien von Mittelbaden! Nicht jeder kann so grosse Preise zahlen, wie bisher üblich, darum fort mit der alten Preisberechnung.

Umarbeiten nicht passender Gebisse 1 Mk. pro Zahn. — Reparaturen von 1 Mk. an und werden solche sofort erledigt.

Trotz meiner billigen Preise wird nur erstklassiges Material verwendet.

Zähne ohne Gaumenplatte von 5 Mk. an. O Stifzähne, Kronen und Brückenarbeiten.

Plomben von 1 Mk. an. Zahnziehen 1 Mk. Goldplomben von 5 Mk.

Zahnpraxis C. KÖNIG

Kaiferstraße 124b. Karlsruhe Kaiferstraße 124b.
vis-à-vis dem Automaten-Restaurant.

Schmerzloses Zahnziehen garantiert.

Neue Kurse! Tages- u. Abendkurse!

Gewissenhafter Unterricht in allen kaufmännischen Lehrfächern u. Sprachen wie **einf., dopp., amerik.**

Buchführung kaufm. Rechnen, Korrespond., Wechsellehre

Schönschreiben (die schlechteste Schrift wird verbessert)

Rundschrift

Stenographie und Maschinenschreiben (a Kursus 10-20 Mk.)

Deutsch., französ., englisch. Sprach-Unterricht.

Eintritt zu einzelnen Kursen jederzeit. Kostenlose Stellenvermittlung. Auswärtige erhalten durch meine Vermittlung Schülerkarten. Ausführl. Auskunft u. Prospekt gratis durch die

Handelslehranstalt u. Tüchterhandelschule **„Merkur“**

Karlsruhe, Kaiserstrasse 113.
Telephon 2018. (Ecke Adlerstrasse)
Leiter: P. Glässer. 2764

Am 1. Juli beginnen grössere Kurse

Unterrichtszeit von früh 8 Uhr bis abends 10 Uhr.

Unwiderrufl. letzte Vorstellung: Donnerstag, 2. Juli 1908.

Circus Sarrasani.

Karlsruhe. — Auf dem städt. Festplatz. — Telephon 660.

Dienstag den 23. Juni abends 8 Uhr **Brillanter Bravour-Abend**

Auftreten sämtlicher Künstlerinnen und Künstler in ihren Glanzleistungen.

Mittwoch, 24. Juni cr. **2 gr. Gala-Vorstellungen** **2**

mit gleich reichhaltigem Weltstadtprogramm. 8 Uhr abends

4 Uhr nachm. — **Gala-Fremden-Vorstellung.** In dieser Nachm.-Vorstellung zahlen Kinder unt. 14 Jahr. u. Militär bis z. Feldwebel halbe Preise.

Brill. Elite-Abend. mit durchaus gleich reichhaltigem Weltstadtprogramm.

In jeder Nachmittagsvorstellung ein vollständig gekürztes Abendprogramm.

Preise der Plätze: Logensitz M. 2.50, Sperrsitze (numm.) M. 1.80, I. Platz (nicht numm.) 1.20, II. Platz M. 0.80, III. Platz (letzter Sitzplatz) M. 0.60, Gallerie (Stehplatz) M. 0.40.

Vorverkauf von morgens 10 Uhr an ununterbrochen an der Circuskasse (Fernruf 660) für sämtliche Vorstellungen und nur für Abendvorstellungen bei Karl L. Schweikert, Kaiserstrasse 199, Ecke Waldstrasse bis 6 Uhr abends. Telephonisch bestellte Billets können nur bis zu einer halben Stunde vor Beginn jeder Vorstellung reserviert werden.

Proben und Marstallbesichtigungen: Zu den täglich ausser Mittwochs, Samstags, Sonn- und Festtags von morgens 10 Uhr an stattfindenden Proben, sowie zu den Sonn- und Festtags von 12-1 Uhr gestatteten Marstallbesichtigungen zahlen Kinder 10 Pf. u. Erwachsene 20 Pf. Eintritt. 2863

Atelier für moderne Photographie.

Gg. Müllers Nachf. Rausch & Pester

Erbprinzenstr. 3 Karlsruhe Erbprinzenstr. 3 am Rondellplatz am Rondellplatz

Aufnahmen jeder Art: Kinder-, Familien- und Vereinsgruppen, Hochzeiten. 2775

Sonn- und Feiertags **Vorzugspreise.**

Langj. selbst. Mitarbeiter der Firma Murnseer.

Verlangen Sie in den einschlägigen Geschäften preiswürdigste, schmackhafteste 2861

Ceres-Nudeln

Hausmacher-Eiernudeln der Gegenwart.

Deutsch-Italien. Teigwarenfabrik A. G. Plüderhausen.

Für Ausflügler!

Citronen St. 4, 5 u. 6 Pfg. Duq. 45, 55 und 65 Pfg.

Brausebrocken Stüd 2 u. 5 Pfg.

Brausebrocken in praktischem Taschencarton zum mitnehmen Carton 10 Stüd 40 Pfg. empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Tüchtige Beizer gesucht.

Möbelfab. Christ & Quarek Hoflieferanten **Gotha.** 2860

Ruckfäcke für Kinder von 70 Pfg. an, für Erwachsene von 1.50 Mk. an, sowie sämtliche Reifereartikel und Lederartikel empfiehlt

Max Oswald, Schützenstr. 42. 2299

Schuhputz Globin gibt schönsten Glanz erhält das Leder weich und ganz

An- und Verkauf fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen. 4682

Frau Bertha Strecktuss, Brunnenstraße 7, nächst der Durlacherstraße.

Bekanntmachung. Die Inhaber der im Monat November 1907 unter Nr. 21413 bis mit Nr. 23550 ausgestellten beginn erneuerten Pfandbriefe werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 3. Juli 1908 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. Karlsruhe, den 22. Juni 1908. Städt. Pfandleihkasse.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote vom 19. Juni 1908: Franz Duhfänger von Walsch, Schlosser hier, mit Emma Krehler von Landshäusern. Leopold Schmutz von Erfingen, Schuhmann hier, mit Emma Hilian von Walsch, Konrad Korfmaier von Ebn-Ehrenfeld, Mechaniker hier, mit Albertine Blud von hier. Hermann Junfer von hier, Lehrer am Konservatorium hier, mit Helene Graf von Stuttgart. Franz Bif von Heitersheim, Vater hier, mit Katharina Schmitt von Langenbrücken. Emil Schum von Freiburg i. B., Wagenwärtergehilfe hier, mit Anna Reich von Fritolshausen.

Eheschließungen vom 20. Juni 1908: Ferdinand von Noß von Ebn, Hauptmann und Kompagniechef hier, mit Selga von Cancrin von Wilsbad. Jakob Erb von Korf, A. Kehl, Zimmermann hier, mit Ida Klauzner von Karlsruhe-Beiertheim. August Schuhmacher von Leonbronn, Schmied hier, mit Emma Baigel von Söllingen. Erwin Umbauer von Kirsberg, Dr. jur., Gerichtsassessor hier, mit Irma Funke von Heinsburg. Valentin Helfer von Niederhörschthal-Röllinsdorf, Installateur hier, mit Pauline Wegger von Elm a. D. Leo Köhler von Weiber, Eisenbahnhilfschaffner hier, mit Katharina Schwämme von Stimmogheim.

Geburten vom 12. bis 19. Juni 1908. Frieda Karolina Paulina, Vater Paul Vades, Bäcker. Josef Emil, Vater Karl Weigmann, Postschaffner. Paula Wilhelmine, Vater Ludwig Schwab, Steinbruder. Margarete, Vater Franz Ade, Metzgermeister. Richard Hermann, Vater Karl Gurneisen, Bier- und Metzger. Johannes Wilhelm, Vater Friedrich Kollweiser, Bahnarbeiter. Otto Heinrich Adam, Vater Arthur Bolig, Sortiermeister. Rosa Wilhelmine Luise, Vater Heinrich Schwall, Kellner. Ida, Vater Albert Reiff, Bäckermeister. Ferdinand Anselm, Vater Ferdinand Vetter, Schlosser. Hans, Vater Jakob Bertheimer, Kaufmann. Luise, Vater Julius Linber, Feiger. Erwin, Vater August Eger, Hilfsgartenwächter. Johanna Kathilde, Vater Karl Jirn, Koch. Albert Wilhelm, Vater Albert Kunz, Einleger. Paula Ella, Vater Karl Maile, Hilfsdiener. Wilhelm Max, Vater Wilhelm Hader, Bureaudiener. Eugen Emil, Vater Benedikt Jung, Metzgermeister. Oskar, Vater Gabriel Laier, Bahnarbeiter. Kurt Herbert, Vater Georg Wagner Lithograph. Gertrud Luise, Vater Ludwig Weimling, Schuhmann. Emil Karl Anton, Vater Emil Sulcher, Bier.

Todesfälle vom 18. bis 20. Juni 1908. Reinhold Holstein, Tapezier, ein Ehepaar, alt 49 Jahre. Frieda Schwander, alt 22 Jahre. Ehefrau des Werkmeisters Karl Schwander. Friedrich Knobloch, Holzhacker, ein Ehepaar, alt 72 Jahre. Christian Schabbe, Schreiner, ledig, alt 24 Jahre. Emil Grimm, Vater, ledig, alt 29 Jahre. Anna Schnabel, alt 68 Jahre, Witwe des Lokomotivführers Friedrich Schnabel. Eva Neurohr, alt 61 Jahre, Witwe des Kaserenwärters Jakob Neurohr. Heinrich, alt 9 Monate 8 Tage, Vater Alexander Ergott, Zementeur. Gino, alt 1 Jahr 4 Monate 5 Tage, Vater Theodor Homburger, prakt. Arzt. Anton, alt 9 Jahre, Vater Anton Wolf, Bestattungsordner.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 12.-19. Jan.: Wilhelm Adolf, V. Jakob Pfirp Raß, Eisenreher. Albert Friedrich, V. Albert Pantle, Fabrikarbeiter. Oskar, V. Karl Gustav Bischofberger, Fabrikarbeiter. Elfriede Elisabeth, V. Anton Heinrich Weiß, Finanzassistent. Kurt Willi, V. Josef Wöhner, Fabrikarbeiter.

Eheschließungen vom 13. Juni: Joseph Schmidt, geschiedener Feiger von Singheim, Amt Baden und Elisabetha Laubinger, Dienstmädchen von Weingarten. Heinrich Karl Schröder, Schuhmacher von Gebhardshagen (Braunschw.) und die geschiedene Fabrikarbeiterin Christiane Katharine Burghard geb. Penner von Gleibrunn, Oberamt Wradenheim (Württemberg).

Todesfälle vom 15. und 16. Juni: Kaufmann Karl Johann Kühnle, Ehepaar, 52 J. alt. Albert Emil, Vat. Max Wilhelm Weiginger, Werkzeugschlosser, 3 M. alt.

„Durch feines Aroma und hohe Würzekraft zeichnet sich „Anorr-Sos“ aus, dabei ist der Preis außerordentlich billig.“

Stets vorrätig bei:

A. Steinmann, Kolonialwaren, Werderstr. 2862